

# Die Anfänge der Zeitschrift Raumforschung und Raumordnung (RuR) – 1936 bis 1944. Zeit- und Ungeist im Umbruch

Wendelin Strubelt

Received: 23 March 2022 ▪ Accepted: 2 November 2022 ▪ Published online: 27 December 2022


## Zusammenfassung

Dieser Beitrag fußt auf der intensiven Lektüre der Inhalte der Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ (RuR) – von ihrem ersten Erscheinen 1936 bis zu ihrer (vorläufigen) Einstellung 1944. Sie war das Forum für die sich in diesem thematischen Umfeld in der NS-Zeit neu formierenden wissenschaftlichen und politischen Gedanken und Überlegungen und getragen von den sie herausgebenden Institutionen, der „Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung“ (RAG) und der „Reichsstelle für Raumordnung“ (RfR). Es soll herausgearbeitet werden, auf welchen gesellschaftlichen Entwicklungen und sie begleitenden gedanklichen Voraussetzungen aus der Zeit vor 1933 die Autoren positiv wie negativ erwachsen konnten und welche Ausführungen dem Zeitgeist, dem Ungeist und den Zielen des NS-Regimes Tribut leisteten. Der Widerspruch zwischen fachlicher Kompetenz und gedanklicher Indienststellung dem NS-Regime gegenüber, wenn nicht gar deren Perversion, wird im Spiegel des Karriereverhaltens von Wissenschaftlern und Praktikern, die fast alle um 1900 geboren worden sind, offengelegt. Auf ihr Wirken nach 1945, ihre weiteren Karrieren wird hingewiesen, ist aber nicht Gegenstand dieses Beitrags.

**Schlüsselwörter:** Raumforschung und Raumordnung ▪ NS-Zeit ▪ Stadt-Land-Problematik ▪ Ostpolitik ▪ Zweiter Weltkrieg

---

✉ **Dr. Wendelin Strubelt**, Vizepräsident und Professor des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung i.R., Schloßstraße 28, 53115 Bonn, Deutschland  
w.strubelt@uni-bonn.de

 © 2022 by the author(s); licensee oekom. This Open Access article is published under a Creative Commons Attribution 4.0 International Licence (CC BY).

## The beginnings of the journal *Raumforschung und Raumordnung* (RuR) – 1936 to 1944. The changing and malevolent spirit of the times

### Abstract

This paper is based on intensive study of the contents of the journal “Raumforschung und Raumordnung” (RuR) – from its first publication in 1936 to its (temporary) discontinuation in 1944. It was the forum for the new scientific and political thoughts and reflections that were formed in this field during the Nazi era and was supported by the institutions in charge of its publication: the “Reich Association for Spatial Research” (RAG) and the “Reich Agency for Spatial Planning” (RfR). The aim of the paper is to uncover which social developments and accompanying intellectual groundwork from the time before 1933 the authors were able to build upon, both positively and negatively, and which expositions paid tribute to the (malevolent) spirit of the times and the goals of the Nazi regime. The contradiction between professional competence and intellectual subservience to the Nazi regime, or even the perversion of professionalism, is revealed in the career behaviour of academics and practitioners, almost all of whom were born around 1900. Their activities after 1945 and their future careers are mentioned but are not the subject of this paper.

**Keywords:** Spatial research and planning ▪ Nazi era ▪ urban-rural issues ▪ Eastern policy ▪ Second World War

## 1 Vorbemerkung

Dieser Beitrag wird in Form eines Zeitbildes anhand der ersten Jahrgänge der Zeitschrift „Raumforschung und Raum-

ordnung“ (RuR) darstellen, wie und von welchen Personen die wissenschaftliche, aber auch gesellschaftliche wie politische Wahrnehmung des Raumes und seine Gestaltung geprägt und gestaltet wurde. Mittels einer intensiven Lektüre der Artikel der ersten Jahrgänge werden ihre Positionierungen aufgenommen und geschildert, um ihre Einbettung in den damaligen Zeitgeist zu bestimmen. Nicht zuletzt geschieht dies mit dem Ziel herauszuarbeiten, welche Rolle der Zeitschrift in einer Zeit zukam, die eine bewusste Abwendung von der Weimarer Republik im Sinne einer nationalsozialistischen Neubestimmung vornahm. Gleichzeitig erschien sie zu einer Zeit, in der Raumforschung und Raumordnung im Sinne einer neuen, interdisziplinären Fachrichtung und Politikorientierung noch in einer Findungsphase steckten, noch nicht wirklich gefestigt waren. Dies war für die Nationalsozialisten eine ‚Chance‘, diese junge Disziplin zu prägen und für sich und ihre Ziele zu nutzen. Gleichzeitig war dies für jüngere Wissenschaftler<sup>1</sup> eine, wenn nicht *die* Chance, sich in und mit ihr zu profilieren, in eine berufliche Karriere einzusteigen.

Anlass zu diesem Beitrag ist ein auch ganz persönlicher, nämlich die Tatsache, dass ich mit der Übernahme der Leitung der damaligen „Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung“ 1981 auch zu einem institutionellen Mitherausgeber von RuR wurde –zusammen mit der „Akademie für Raumforschung und Landesplanung“ (ARL) – ohne eigentlich ihre Vergangenheit, ihre nationalsozialistische Herkunft und Kontaminierung zu kennen. Es ist also ein persönlicher, heuristischer Ansatz zum Verstehen der Herkunft des disziplinären, des geistigen wie politischen Umfeldes von RuR, der hier nur gestreift, nicht umfassend vorgelegt werden kann.

## 2 Anfänge – vermeintliche und wirkliche

Die Anfänge von „Raumforschung und Raumordnung“ (RuR), ihr Erscheinen im Jahr 1936 als die „erste raumwissenschaftliche Zeitschrift“ (Becker 2006: 512) in Deutschland, ihre Weiterentwicklung bis ins Jahr 2006, hat Becker (2006) sorgfältig nachgezeichnet. Es gab damals noch kein Fach ‚Raumplanung‘ zum Studieren und Ausüben. Anstöße kamen aus verschiedenen Fachdisziplinen, auch aus deren Fachorganen, und aus Vorstellungen, wie Überlegungen und/oder Überzeugungen, die sich mit Fragen der räumlichen Entwicklung von ‚Stadt und Land‘ beschäftigten, analytisch wie normativ.

<sup>1</sup> Es handelt sich fast ausschließlich um männliche Wissenschaftler.

1935 – im Nationalsozialismus – wurde dieses thematische Feld mit der Gründung der „Reichsstelle für Raumordnung“ (RfR) und die damit verbundene staatliche Aufgabensstellung herausgehoben etabliert, was auch durch die Herausgabe von RuR akzentuiert wurde. Diese Akzentsetzung wurde ergänzt durch die Gründung der „Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung“ (RAG). Ihre Aufgabe war es, die unterschiedlichen fachlichen Ansätze von Raumforschung an den beteiligten Universitäten zu bündeln, in Austausch zu bringen und auch zu koordinieren (Venhoff 2000: 15–16; Gutberger 2020: 13; Werner 2022: 124–133). RuR war das von beiden getragene wissenschaftliche und fachliche Organ.

In diesem Beitrag ist es mein Ziel, die thematischen Schwerpunkte der ersten sechs Jahrgänge von 1936 bis 1944, von Beginn an bis zum vorläufigen Ende, nachzuzeichnen und einzuordnen – im Kontext ihrer wissenschaftlichen und programmatischen Argumentation, zwischen Wissenschaft und Ideologie, zwischen Ideen und Machtausübung, sowie in ihrer zuspitzenden Indienststellung für den Nationalsozialismus.

Um dies verstehen und einordnen zu können, ist es wichtig, zuvor zu fragen, aus welchen fachlichen wie wissenschaftlichen, aber auch ideologisch gedanklichen Quellen diese Zeitschrift schöpfen konnte. Die Jahre 1935 und 1936 reflektieren zwar die Anfangsjahre der Diskussion und ihre Akzentuierung in der NS-Zeit, sind insofern ein deutlich erkennbarer Beginn, vielleicht auch nur ein behaupteter Neuanfang, denn es gab personelle und gedankliche Vorläufer, auf die man sich – explizit wie implizit – berufen oder zurückgreifen, die man sich zu eigen machen konnte. Dies zu wissen und zu kennen ist wichtig, um RuR verstehen und einordnen zu können.

## 3 Wurzeln und ihre Diskussionen

Ein Rückblick zeigt, dass Raumordnung als konzeptioneller Ansatz nicht eine Erfindung des Nationalsozialismus ist. Die gedanklichen und institutionellen Wurzeln der Raumplanung in Deutschland liegen im Großraum Berlin und im Ruhrgebiet (vgl. Blotevogel 2011: 83–88). Istel (2000) hat nachdrücklich darauf hingewiesen, dass der Begriff „Raumordnung“ keiner ist, der erst im ideologischen und politischen Kontext des NS-Regimes entstanden ist. Anfänglich hatte er auch nicht eine ideologische Färbung oder die Intonation einer Polarisierung von Stadt und Land – geschweige denn in der kanonisierenden Pervertierung durch den Nationalsozialismus – unter dem Stichwort „Blut und Boden“. Er ist also nicht erst mit der 1935 gegründeten „Reichsstelle für Raumordnung“ entstanden. Er wurde jedoch durch diese offizielle Nutzung usurpiert und damit kontaminiert, weshalb

er in der DDR nach 1945 nicht mehr genutzt, nicht mehr konform ging mit dem offiziellen Antifaschismus, sondern letztlich durch den Begriff „Territorialplanung“ bewusst ersetzt wurde, während er in der BRD, eher unreflektiert weiterhin genutzt wurde.

Die Thematisierung von räumlichen Problemen in industriell geprägten Stadträumen war also der Beginn von Raumforschung und Raumordnung. Auch in vielen anderen Industrieländern geschah Ähnliches. Das Thema war deshalb auch in internationalen Diskursen verankert, etwa 1923 in Göteborg unter dem Begriff der „Überlandplanung“, als Übersetzung des englischen Fachwortes „regional planning“ (Kegler 2015: 61). Angesichts der Folgen des sogenannten „urban sprawl“ – eines die Stadtgrenzen sprengenden Wachstums – wurde räumliche Dezentralisation als ein überörtlicher, räumlicher Lösungsansatz, auch unter dem Begriff „Entstädtlichung“ diskutiert (Düwel/Gutschow 2019: 114). Mit Dezentralisation als Strategie gegen urbane Ballung wurde ein zentrales Thema von Raumordnung benannt, das als Problemstellung und räumliche Herausforderung gewissermaßen von Anfang an präsent war und eigentlich bis heute dominant geblieben ist, nicht nur in Deutschland. Es entwickelte sich gewissermaßen zu einem internationalen Leitbild, auch wenn es als Ziel häufig kurzschlüssig und überzogen präskriptiv eingesetzt wurde – eine häufige Konstellation.

Eine andere wesentliche Konstellation, die Anlass gebot, sich mit räumlichen Entwicklungen ‚ordnend‘ zu befassen, die Raumordnung bis heute prägt, war und ist die Situation der ländlichen Räume, insbesondere die der peripheren. Lange vor ihrer Vereinnahmung, ihrer ideologischen Inanspruchnahme durch den Nationalsozialismus waren die ländlichen Räume, insbesondere die im Osten Preußens, ein intensiv diskutierter Problemkomplex in der Öffentlichkeit wie in der Wissenschaft. Angesichts von Industrialisierung und Urbanisierung drohte nach Ansicht einflussreicher intellektueller Stimmen (Serling 1911a; Serling 1911b), die Balance zwischen Stadt und Land verloren zu gehen (vgl. Gutberger 2017).

Als ein besonderes Problem galt im Deutschen Reich die Landflucht – zugespitzt in der Frage, was getan werden müsste, um sie aufzuhalten, denn „um das Volk physisch stark zu erhalten, ist eine zahlreiche Landbevölkerung vonnöten. Sie übertrifft die städtische Bevölkerung wesentlich an Lebenskraft“ (Serling 1911a: 53). Es entwickelte sich daraus eine Melange von nationalistischen und auch ansatzweise rassistischen Zielvorstellungen sowie von geopolitisch untermauerten Befürchtungen oder nationalen Angstvorstellungen durchaus unterschiedlicher Akzentuierungen.

Eine weitere Gedankenkonstellation oder Quelle für die nationalsozialistische Ideologie, die bei Weitem keine geschlossene war, darf nicht unerwähnt bleiben, nämlich die

des Kulturpessimismus, wie ihn Stern (1963) in seinem klassischen Werk analysiert hat. Er zeichnet die in Deutschland vorhandene Strömung der „konservativen Revolution“ nach, deren „Hauptangriffsziel die in der rationalen, liberalen und kapitalistischen Gesellschaft verkörperte Modernität“ war (Stern 1963: 15). Etwas anderes kam noch hinzu: Diese Modernität verkörperte sich insbesondere in der mit der Industrialisierung einhergehenden Verstädterung. Denn: „Das plötzliche Entstehen ungeheuer großer und hässlicher (!) Städte schmerzte ein Volk, das sich schwärmerisch für die Natur begeisterte und an seinen alten Städten hing“ (Stern 1963: 19) – fassbar in damals sehr gefragten Fotobildbänden (z. B. Hielscher 1925) – eine Konstellation, die zu verbreiteter „Großstadtfeindschaft“ und einer Verklärung des Landlebens, einer Romantisierung der dort vorhandenen Realitäten – zur „Agrarromantik“ – führte (Bergmann 1970).

Dies ist eher eine Skizze des Kontexts oder des Umfelds der politischen und sozialen Strömungen des Zeitgeistes zum Zusammenhang von Raum und Gesellschaft, des räumlichen Niederschlags gesellschaftlicher Strukturen und des Einflusses des räumlichen Rahmens auf politische Diskussionen und nationale Befindlichkeiten in einer Zeit der Umbrüche durch Industrialisierung und Verstädterung. Nicht vergessen werden sollte die Herausbildung nationalistischer Strömungen, insbesondere nach dem Ersten Weltkrieg in einem verunsicherten Deutschland mit einer breit fundierten Ablehnung, wenn nicht gar im Kampf gegen den Vertrag von Versailles (Herbert 2021: 189; Leonhard 2018: 1270). Dies war auch verbunden mit einer Abneigung gegenüber einem ‚undeutschen‘ Liberalismus, also einem Kapitalismus angloamerikanischer Prägung.

All dies bestimmte das gedankliche Umfeld zu dem Zeitpunkt, als 1935 mit der „Reichsstelle für Raumordnung“ und der „Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung“ die Raumordnung auf Reichsebene institutionalisiert wurde und die Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ gegründet wurde. Diese Vielfalt des Zeitgeistes erlaubte es, auf einen breiten Bestand an ideologischen Versatzstücken, aber auch wissenschaftlichen Erkenntnissen zurückzugreifen, gewissermaßen als Referenz für eine eigene, zugespitzte, häufig genug verzerrte, aber auch irgendwie belegbare Profilierung zu nutzen. Dies soll anhand der Artikel aus RuR von 1936 bis 1944 nachgezeichnet werden.

## 4 Im Oktober 1936 – ein ‚lauter‘ Anfang als Einstieg

Wie zu erwarten, beginnt das erste Heft der RuR auf der ersten Seite mit einem Geleitwort des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Bernhard Rust, mit einer programmatischen Breitseite: „Der Ansatz der Wis-

senschaft für die Raumforschung und Raumordnung wird sie zwangsläufig hineinführen in die Kernfragen des Nationalsozialismus: Blut und Boden, Volk und Raum. Die deutsche Wissenschaft wird aus dieser Aufgabe Kräfte nehmen und geben.“<sup>2</sup>

Ähnlich, aber ausführlicher, äußert sich Konrad Meyer. Er ist Agrarwissenschaftler und damals 35 Jahre alt, schon vor der Machtergreifung Mitglied der NSDAP und der SS und ähnelt von Jahrgang und Habitus der „Generation des Unbedingten“ (Wildt 2015). Er ist Herausgeber der RuR und Sprecher der RAG: „Wissenschaft dient der Vertiefung arteigener, volksgemäßer Wesensschau aller Dinge und der Erkenntnis, Gestaltung und Entwicklung völkischer Lebensordnung“ (Meyer 1936: 2). Er setzt eine eigene ‚Duftnote‘, denn er betont die besondere Rolle der RAG gegenüber der RfR, denn ihre Führung liege in den „Händen von Hochschullehrern“, während die RfR eine staatliche Einrichtung sei. Sie wurde von Reichsminister Hans Kerrl geleitet. Meyer (1936: 4) sieht die Aufgabe von RuR darin, „die ständige Verbindung zwischen den einzelnen Forschern und Forschungszweigen [zu] unterhalten“. Sie solle „zugleich die wissenschaftlichen Ergebnisse der Praxis näherzubringen versuchen“ und dazu beitragen, „daß eine volkgebundene bodenständige Wissenschaft zu ihrem Teil dann mithilft an der großen Aufgabe der Zukunft: der Neuordnung und Neugestaltung des deutschen Volksbodens“. Die Ambivalenz in seiner Person als aufstrebender Wissenschaftler und Wissenschaftsmanager einerseits sowie eingebunden und fest verankert in das durchaus nicht kohärente Macht- und Ideologiesystem des Nationalsozialismus andererseits wird deutlich erkennbar. Seine Terminologie, die zwar auch die „Boden“-Metapher nutzt, aber ohne die zusätzliche Verbindung zu „Blut“ aufzugreifen, lässt erkennen, dass seine Positionen sich von den Vorstellungen Darrés der Blut-und-Boden-Ideologie, die Rust aufgenommen hatte, unterschieden.

Politischer und ideologischer ist der Beitrag des damaligen stellvertretenden Leiters der RfR, Walter Blöcker.<sup>3</sup> Zwar nimmt auch er die Floskel „Blut und Boden“ nicht auf, aber er argumentiert in seinen polemischen Ausführungen gegen den „hemmungslosen Wirtschafts- und Staatsliberalismus“ als Folge der nachholenden Industrialisierung Deutschlands. Dies habe zu einer „unorganischen“ Verteilung der Menschen im Raum, zu Landflucht und zu einem ungesunden Anwachsen der Städte geführt, damit auch zu einer Proletarisierung der Massen. Er nimmt damit Argumente auf, die, wie gezeigt, schon vor der NS-Zeit virulent waren. All dies müsse jetzt durch einen „nationalen Sozialis-

mus“ (!) unter kompetenter Führung geändert werden – mit dem Ziel eines organisch gewachseneren Raumes. Gleiches gilt für die Ablehnung der Stadt als ungesunder Lebensform, der der Nationalsozialismus jetzt eine „Sicherung des Bestandes der Nation, ihres Volkstums und ihrer Rasse“ entgegenzusetzen habe (Blöcker 1936: 5). Diese Kontinuität bei der „Großstadtfeindschaft“ (Bergmann 1970) und die Übernahme von biologistischen Sichtweisen, jetzt verstärkt um die Berufung auf „Rasse“ charakterisiert die spezifische NS-Melange, ihr ideologisches Paradigma.

Ernst Jarmer, zu Beginn Leiter der Verwaltungsabteilung der „Reichsstelle für Raumordnung“, will eine nationale Raumwirtschaft gestalten, in der Form einer räumlichen Ordnung von „nachbarlicher Schicksalsverbundenheit“, was „in Massenmietfäusern nicht aufkommen kann“ – ebenfalls ein Thema der „Großstadtfeindschaft“. Aber es werden weitere Ziele benannt, denen sich die Raumordnung widmen solle, nämlich „eine in sich gefestigte Wirtschaft, die außenpolitische Schlagkraft des Deutschen Reiches und eine schöne Gestaltung der heimatlichen Landschaft“ (Jarmer 1936: 8–9). Gerade die Juxtaposition von „Wirtschaft“ und „außenpolitischer Schlagkraft“ verweist auf die bereits damals laufende Aufrüstung der Wehrmacht durch eine andere Planungsinstitution, die Vierjahresplanbehörde unter Hermann Göring. Deren Ziel war es, die Kriegsfähigkeit Deutschlands zu erreichen: ein Ziel, das immer dominanter als die räumliche Umgestaltung Deutschlands nach „Blut und Boden“-Vorstellungen werden sollte, ohne dass diese metaphernartige Formel verschwand. Sie verlor als beliebte rhetorische Umrahmung oder Berufung nicht an Bedeutung.

Es sollte aber nicht übersehen werden, dass in den ersten Heften von RuR nicht nur programmatische und/oder ideologische Positionen bezogen werden, obwohl diese für die weiteren Hefte einen Grundtenor setzten, sondern es gab auch wissenschaftliche Aufsätze, frei von jedem bewusst gesetzten, nationalsozialistischen Gedankengut. Das gilt etwa für den Beitrag von Günter Schmolders (Jahrgang 1903), der wie Konrad Meyer zu den um 1900 geborenen aufstrebenden Wissenschaftlern gehörte (Herbert 2021: 193–194). Sein Artikel beschäftigt sich vergleichend mit Problemen der Raumordnung in den USA (Schmolders 1936) am Beispiel der Tennessee Valley Authority, ein staatliches (!) Großprojekt für die Regionalentwicklung im Rahmen des Roosevelt’schen New Deals, das in Deutschland Beachtung fand, wie auch umgekehrt in den USA die Raumentwicklung Deutschlands (vgl. Schivelbusch 2005).

Es gab andere, differenzierende Meinungen, etwa durch den damaligen Oberbürgermeister von Magdeburg Fritz Markmann, der dem von den Nazis abgesetzten Ernst Reuter folgte. Er verweist in seinem Aufsatz (Markmann 1936: 75) darauf, dass man mit den Begriffen „Blut und Boden“ im Überschwang leicht in Extreme, in „eine Verneinung der

<sup>2</sup> *Raumforschung und Raumordnung* 1, 1, 1.

<sup>3</sup> Er verstarb 1936.

Stadt überhaupt“ gerate. Zwar meint auch er – gewissermaßen als Zugeständnis an die nun dominante NS-Ideologie –, in den Städten Entfremdungstendenzen vom „völkischen Dasein“ zu erkennen, aber es sei eben auch die Aufgabe der Raumordnung, in den Städten durch Koordination der einzelnen Fachplanungen – ein eher pragmatischer Ansatz –, „eine gesicherte räumliche Entwicklung zu fördern“ (Markmann 1936: 77), also Ansätze, wie sie schon zu Zeiten der Anfänge von räumlicher Planung um 1900 verfolgt wurden.

Die Anfänge der Zeitschrift sind also durchaus von erkennbaren Unterschieden oder Schattierungen geprägt. Den lauten ideologischen Beiträgen stehen solche gegenüber, die der damals vorherrschenden Ideologie eine Reverenz erweisen, und anderen, die in eine fachliche, eher analytische Neutralität ausweichen. Dies ist ein Spannungsbogen, der auch in den weiteren Jahrgängen noch vorhanden ist, aber in abnehmender Form und zulasten der analytischen Komponente. Nicht zuletzt wird jedoch auch diese immer wieder eingebunden in fast ‚Pro forma‘-Referenzen, besser Floskeln, um die Eingebundenheit in die nationalsozialistische Ideologie und Terminologie aufzurufen und deren Anerkenntnis unter Beweis zu stellen, aber gleichwohl noch an herkömmlichen wissenschaftlichen Vorgehensweisen festhalten zu können.

Insgesamt präsentiert sich die RuR im ersten Jahrgang in Gestalt, Druck und Illustration als eine aufwendig gestaltete, neue wissenschaftliche Zeitschrift für eine neu sich formierende Raumforschung, die durchaus auch geprägt ist von nüchternen, regionalwissenschaftlichen Beiträgen. Aber es dominieren die politischen und ideologischen Aussagen einschlägig herausgehobener Autoren, die im übergreifenden Sinne, aber auch ganz konkret für die Ausrichtung auf eine nationalsozialistische Ideologie, wie sie Konrad Meyer forderte, eintreten, für eine explizit ‚politische Wissenschaft‘ als eine politisch ausgerichtete, vorgegebenen politischen Zielen folgende Wissenschaft. Dieser folgte man, konnte sich ihr nicht verweigern oder wollte es aus Überzeugung oder um der eigenen Karriere willen nicht.

## 5 Die Stadt-Land-Problematik (1937)

Der zweite Jahrgang wird mit einem Aufsatz von Friedrich Bülow zu Wilhelm Heinrich Riehl als ‚Ahnherr‘ der deutschen Volkskunde eröffnet. Er sei einer der Ersten gewesen, der die Gefahren „der drohenden Verstädterung und des großstädtischen Wohnungselendes in seiner vollen Tragweite gesehen habe“ (Bülow 1938: 3). Riehl wird als gedanklicher ‚Vorläufer‘ der NS-Ideologie in Anspruch genommen, gewissermaßen als Beleg.

Daneben stehen Darstellungen einzelner Gebiete Deutschlands. Es werden empirische Bestandsaufnahmen im Hin-

blick auf sogenannte Notstandsgebiete vorgenommen, die man eigentlich nur in den ländlichen Räumen zu suchen und zu finden meint. Man kommt aber nicht umhin zu bemerken, dass auch der Ruhrkohlenbezirk von hoher Arbeitslosigkeit, schwieriger Finanzlage und ungünstigen Einkommensverhältnissen geprägt sei.<sup>4</sup> Gerade am Ruhrgebiet, am Umgang mit ihm wird der ‚argumentative Eiertanz‘ zwischen Einsicht in die räumliche Realität und dem wohl auch selbst auferlegten Zwang deutlich, diese empirische Realität in die ideologisch-politischen Ziele einzubauen – ein argumentativer Balanceakt. So wird einerseits eine Weiterentwicklung der Vielseitigkeit der dortigen Industrie gefordert, aber es dürfe damit keine „ungesunde“ (!) Verstädterung oder Ballung einhergehen. Als Lösung wird eine „Loslösung der Wohnstätte von der Arbeitsstätte“ vorgeschlagen, was neben der Verhinderung von „ungesunden Ballungen“ auch noch den Effekt einer wünschenswerten, städtebaulichen Auflockerung zur Folge haben könne, was auch für Zwecke des „Luftschutzes“ essenziell sein könnte. Dieser Gesichtspunkt stammt von 1937, in der Zeit der Aufrüstung und zwei Jahre vor dem Beginn des Zweiten Weltkrieges – ein bemerkenswerter Frühhinweis!

Im März 1938 zeichnen sich mit dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich auch in der RuR andere Dimensionen und neue Perspektiven für die räumliche Ordnung Deutschlands ab. Dem wird später dann auch ein spezielles Heft gewidmet. Im März 1938 wird jedoch eine Thematik aufgegriffen, die nicht nur einen raumordnerischen Aspekt aufgreift, sondern auch eine antisemitische Konnotation beinhaltet. In einer Analyse des damals ablaufenden „Umbaus der inneren Gliederung Polens“ wird von Peter-Heinz Seraphim – einem universitären ‚Ostforscher‘ vor 1945 und danach als solcher in der Organisation Gehlen tätig – auf mögliche Folgen für den „polnischen Korridor“ hingewiesen (Seraphim 1938). Denn damit könnte eine „Schwächung des deutschen Elements“ einhergehen, was ein Vordringen des „jüdischen Elements“ in diesem „bisher ausgesprochen judenarmen ehemals deutschen Gebiet“ zur Folge haben werde (Seraphim 1938: 139). Im Kontext von RuR erfolgt eine solche Thematisierung des „jüdischen Elements“ zum ersten Mal, zwar betont nüchtern, aber eindeutig den Zeitgeist aufgreifend und widerspiegelnd. Es ist wie ein Menetekel.

Viele Aufsätze im zweiten Jahrgang greifen das Verhältnis von Stadt und Land auf. So verweist in einem Beitrag der damalige Präsident des Deutschen Gemeindetages, Kurt

<sup>4</sup> Bericht mit dem Titel „Landesplanung im Ruhrkohlenbezirk“ über die Hauptausschusssitzung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk vom 16. Dezember 1937 in Raumforschung und Raumordnung 2, 2, 100–101.

Jeserich, darauf, dass nach dem Ersten Weltkrieg die Kommunen im Ruhrgebiet und im Großraum Berlin die Initiative zu einer überörtlichen Planung ergriffen hätten, aber erst die NS-Regierung habe eine Neuorientierung der Raumordnung aufgegriffen: mit den Problemen der „Vergroßstädterung“ (!) und der „Landflucht“ im Zentrum – Probleme, die auf das engste verflochten, aber nicht durch eine einseitige Förderung des „flachen Landes“ zu beheben seien (Jeserich 1938: 154–155). Er schlägt demgegenüber vor, die Großstädte sinnvoll zu erweitern mit einem „Kranz leistungsfähiger mittlerer und kleiner Städte“ (Jeserich 1938: 155), weshalb man der Idee der Trabantenstädte nähertreten solle. Denkt man sich diesen Kotau weg, dann ähneln diese Vorschläge sehr den Vorstellungen, die nach 1945 in den westlichen Teilen Deutschlands beim Wiederaufbau und den notwendigen Anpassungen an das Bevölkerungswachstum auch verfolgt wurden.

Der Christaller'sche Ansatz der Zentralen Orte wird bei Weigmann (1938: 165) durchaus als tauglich für Stadt- und Gemeindeplanungen „vom größeren Ganzen her“ angesehen. Die Schriftleitung versieht diesen Beitrag jedoch mit einer distanzierenden Bemerkung, weil die „volkhafte Raumpolitik“ eben nicht dem freien Spiel der Kräfte, den Regeln des ungeliebten angloamerikanischen Liberalismus folge, sondern alle „Fragen grundsätzlich stellen müsse“.<sup>5</sup> Insofern ist hier *ex negativo* durchaus ein Fundament dafür gelegt, dass dieser Ansatz nach der Gründung der Bundesrepublik unproblematisch zu einem Leitparadigma von Landesplanung und Raumordnung werden konnte. Allerdings wurde er, wie noch später gezeigt wird, auch als planerisches Element für die Entwicklung des eroberten Ostens Europas angesehen und eingesetzt (vgl. Leendertz 2008; Kegler 2015) – auch ein Beispiel dafür, wie wissenschaftliche Ansätze in der Aufklärung von gesellschaftlichen Entwicklungen einer „Dialektik der Aufklärung“ unterliegen können (Horkheimer/Adorno 1947).

Das Verhältnis von Stadt und Land wird insgesamt aus verschiedenen Blickwinkeln erörtert, nicht immer nur aus einer Anti-Stadt-Haltung heraus, aber durchgängig wird als Ziel der ‚Ausgleich zwischen Stadt und Land‘ gefordert – auch ein Kontinuum, eine ‚lange Welle‘ in der deutschen Raumplanung und -forschung. Diese Sichtweise prägte raumordnerische Leitbilder über 1945 hinaus bis heute, reflektiert die fachlichen Kontinuitäten von Raumforschung und Raumordnung. Sie wurde ‚weitergereicht‘ über konkrete Personen (vgl. Werner 2022), die damals alle mehr oder weniger am Anfang ihrer beruflichen oder wissenschaftlichen Karriere standen und sich den politischen

Zeitumständen, dem damals geltenden Zeitgeist mehr oder weniger anpassten.

## 6 1938: Drei Jahre „Reichsstelle für Raumordnung“

Im Juli 1938 bestand die „Reichsstelle für Raumordnung“ (RfR) drei Jahre. Dieses Jubiläum wird in RuR aufgegriffen. Ihr Leiter, Reichsminister Hans Kerrl, umreißt die Essenz der Raumordnung des Deutschen Reiches, die „Nationalsozialistische Neugestaltung des Lebensraumes“ (Kerrl 1938: 273), folgendermaßen: „1. Stärkung der biologischen Volkskraft, 2. Bestmögliche Nutzung des Bodens und seiner Kräfte, 3. Arteigene Zuordnung von Volk und Landschaft, 4. Steigerung der Abwehrbereitschaft des deutschen Raumes.“

Alles, was für die Raumordnung von Belang sein kann und Rang und Namen hat, wird für ein Geleitwort in Anspruch genommen: Hermann Göring, Wilhelm Frick, Wilhelm Keitel, Robert Ley, Fritz Todt und Albert Speer. Allerdings wird auch erkennbar, dass die Arbeit der RfR entgegen ihres übergreifenden Anspruchs nicht so greifen konnte, wie man es sich eigentlich vorgestellt hatte, denn sie werde durch die mächtigen Fachplanungen und die Bestrebungen der Städte, sich überörtlichen Verpflichtungen zu entziehen, aber auch durch einen Mangel an „einheitlich geschulten Kräften“ in ihrer Wirksamkeit behindert – eine Konstellation, auf die später für die Bundesrepublik auch ähnlich kritisch hingewiesen wurde (Scharpf/Schnabel 1980). Die RfR steht also schlechter da als die RAG, die als Verbund von universitären Arbeitsgemeinschaften viel präsenter ist, finanziell auch stark gefördert wurde.

## 7 Grundsätzliches von Konrad Meyer

Ende 1938 wird Konrad Meyers Grundsatzreferat „Raumforschung im Dienste der deutschen Lebensordnung“, das er vor der in Graz tagenden Reichsarbeitsgemeinschaft gehalten hatte, abgedruckt (Meyer 1938). Das ist insofern bemerkenswert, weil er in ihm – verknüpft mit den üblichen Berufungen auf die „nationalsozialistische Idee“, auf das im Parteiprogramm „verankerte Zukunftsbild deutscher Lebensordnung“ (Meyer 1938: 466) und dazu auch legitimierend Walter Darré, den Protagonisten von „Blut und Boden“ zitierend – besonders die Unabhängigkeit der Wissenschaft betont. Dies bezieht er explizit auf die Stellung der RAG zur RfR, ihr Verhältnis zueinander. Er betont jedoch auch die gute Zusammenarbeit zwischen beiden Institutionen: im Rahmen einer inhaltlichen Orientierung, die nicht nur sein zentrales Thema ist, nämlich die Behebung

<sup>5</sup> In der Rubrik „Umschau“, in Raumforschung und Raumordnung 2, 4/5, 214.

von „Notständen“ und die „Beseitigung ungesunder und ungerechtfertigter Konzentrationen“ (Meyer 1938: 467) – ein Thema, das, wie gezeigt, schon vor 1933 virulent war. Man solle aber darüber nicht nur forschen, sondern sich der „Behebung der Notstände“ zuwenden (Meyer 1938: 467). Als Schwerpunkte der weiteren Arbeit der RAG benennt er in einer Reihung von Spiegelstrichen solche, die, in einer anderen Terminologie, auch heute noch weitgehend, allerdings ohne den Einbezug Österreichs, als Forschungsagenda aufgeführt werden/werden könnten: Erstellung eines deutschen Reichsatlas, wasserwirtschaftliche Arbeiten, Untersuchungen zu Notstands- und Grenzgebieten, Probleme der Landflucht, Belebung des flachen Landes, Verkehrsprobleme, Probleme von Konzentration und Dezentralisation, Zuordnung von Betrieb und Wohnung, Probleme von örtlicher Bedeutung, lokale und regionale Einzeluntersuchungen, Raumforschung in Österreich, Heranbildung und Förderung des Nachwuchses.

Diese ausführliche Aufzählung zeigt, dass die Ziele der Raumforschung – zwischen damals und heute und unterhalb der oft ideologisch aufgeladenen Leitziele – zumindest die jeweils konkreten und erkennbaren Raumprobleme realistisch und nüchtern erfassten oder zu erfassen suchten und weiterhin suchen. Für Meyer kam noch hinzu, dass er sich eine engere „zentrale Zusammenfassung der Arbeiten der gesamten Planungsbehörden“ (Meyer 1938: 473) wünschte. Dies sind Forderungen, die modern klingen und belegen, dass neben der ideologischen Unterfütterung oder einem entsprechenden Überbau die wissenschaftlichen Ansätze der Raumforschung in ihrer damaligen Formationsphase durchaus auch Vorarbeiten einforderten und vorlegten, die eine gewisse fachliche Kontinuität über die politischen Systeme erkennen lassen. Meyer schließt seine Ausführungen mit der eher üblichen, geschwollenen Zielvorgabe, „über den Notwendigkeiten des Alltags [...] zu Gipfelleistungen deutschen Geistes im Dienste an Volk und Raum aufzusteigen“ (Meyer 1938: 473).

Die Bilanz des stellvertretenden Leiters der RfR, Hermann Muhs, die sich anschließt, besteht in einer Klage über nicht genügende übergreifende Zuständigkeiten, um eine „einheitliche Zusammenfassung der gesamten öffentlichen Verwaltung in der Arbeit zu besitzen“ und zudem sich eine „weitestgehende Loslösung von den bürokratischen Fesseln der Langweiligkeit, Umständlichkeit und Engstirnigkeit“ zu wünschen (Muhs 1938: 475). Dieser Klage bezüglich der eigenen Probleme, sich im Geflecht der Zuständigkeiten durchzusetzen, stehen die hehren, übergreifend anzustrebenden Ziele gegenüber, nämlich die „Stärkung der biologischen Volkskraft, die arteigene Zuordnung von Volk und Landschaft, bestmögliche Nutzung des Bodens und seiner Kräfte“ und „die höchste Steigerung der Abwehrbereitschaft des deutschen Raumes“ (Muhs 1938: 479). Gerade der letz-

te Punkt reflektiert das inzwischen vorrangigere Ziel, nämlich die Vorbereitungen für und auf den Krieg.

Diese Bilanzen nach drei Jahren Forschung und administrativer Aktivität zur Etablierung von Raumforschung und Raumordnung im Dritten Reich im Spiegel dieser Beiträge weisen also eine durchaus gemischte Bilanz auf. Sie zeigen, dass neben einer ‚lautstarken‘ ideologischen Orientierung auch sehr pragmatische Forderungen nach wissenschaftlicher Analyse standen – in einem institutionellen *Setting*, das durchaus nicht unproblematisch zusammenarbeitete jenseits der einvernehmlichen Berufung auf ‚hehre‘ Ziele der NS-Ideologie.

## 8 Landflucht versus Großraumprobleme (1939)

Der Jahrgang 1939 beleuchtet angesichts der irritierenden, weil immer noch vorhandenen Problematik der Landflucht, den Willen, die Ordnung eines „Großhofes Deutschland“ – eine Zielvorgabe Meyers (1937: 301) – zu verwirklichen. Die Lösung dieser Konstellation wird darin gesehen, den „bäuerlichen Kern unseres Volkskörpers“ einerseits zu erhalten, ihn aber andererseits auch nicht „durch die Konservierung irgendwelcher überkommener Lebens- und Arbeitsformen“ (Meyer 1939: 81) zu erreichen. Diese geforderte Balance zwischen ideologischer, rückwärtsgewandter gesellschaftlicher Orientierung und notwendiger Modernisierung, die hier insbesondere von Meyer (1939) als ausgewiesenem Agrarwissenschaftler vorgeführt wird, dieser Widerspruch zwischen politischer Rhetorik und pragmatischer politischer Gestaltung auf der Basis von wissenschaftlicher Erkenntnis, begleitet die Argumentation der Beiträge der Zeitschrift an vielen Stellen.

Neben diesen ‚inneren‘ Problemen des Reiches, also der Frage, wie die Landflucht gesteuert oder auch verhindert werden kann, traten jetzt die Diskussionen um die äußeren ‚Großraumprobleme‘. Dies geschah zum einen unter der Perspektive der angestrebten Verstärkung der Abwehrbereitschaft, aber es ging insbesondere um die beabsichtigte, zukünftige Position, wenn nicht gar Dominanz des Reiches in Mitteleuropa – nicht zuletzt als Bewältigung des Versailler Vertrages, dem historischen Trauma der Weimarer Republik (vgl. Herbert 2021). Die Problematisierung oder Infragestellung der räumlichen Folgen des Versailler Vertrages wurde interessanterweise auch im Ausland nicht mehr grundsätzlich abgelehnt, wenn sie nicht gar als einsichtig akzeptiert wurde. Dem entspricht die von Konrad Meyer für die RAG ausgegebene Zielsetzung, nach dem Anschluss Österreichs und der Einbeziehung des Sudetenlandes, ihrer Heimkehr „durch die genialische Kunst des Führers“, mit dem Aufruf, jetzt „eine neue vernünftige Ordnung in Mitteleuropa“ zu

schaffen, mit Deutschland als „Führungsmacht“ und einer Raumordnung, die nicht mehr nur den Raum des Deutschen Reiches umfassen sollte.<sup>6</sup> Der Blick nach Osten, der Gedanke der Neuordnung der Mitte Europas unter deutscher Führung war nicht mehr nur eine geopolitische Vision, sondern verlange auch ‚planerische‘ Vorarbeiten.

Es ist interessant festzustellen, dass neben solchen Aufrufen zu neuen Ufern in der Raumordnung, zur ‚Großraum‘-Ordnung, auch Artikel stehen, die realistisch feststellen, dass es in einem industriellen Land wie Deutschland nicht möglich sein werde, industrielle Arbeitsplätze „im größeren Umfang“ in die ländlichen Räume zu verlagern, zumal derzeit auch „die größten Anstrengungen gemacht werden, die Großstädte in vernünftiger Weise umzugestalten“ (Schorr 1939: 112). Interessanterweise verweist Schorr darauf, dass mit dem Autobahnbau nicht unbedingt eine bessere Positionierung des ländlichen Raumes verbunden sein müsse – was zuvor als Ausgleich zwischen Stadt und Land, als „Auflockerung der Ballungsräume“ gefeiert wurde, denn durch bessere Verkehrsverbindungen könne auch „eine weitere Konzentration der Qualitätsindustrie in der Großstadt“ eintreten, deren Sogwirkung auf das Land verstärken (Schorr 1939: 112).

Gerade diese neuen „Straßen Adolf Hitlers“ werden in einem Doppelheft herausgestellt. Aber es wird auch ausdrücklich gefordert, die verkehrliche Situation in den Großstädten durch die „Beseitigung“ der „ungesunden Wohnviertel der Innenstädte“ zu verbessern (Teubert 1939: 163). Dies geschah während des Dritten Reiches nicht, aber nach 1945 wurde dies von den gleichen Städteplanern für die vom Krieg zerstörten Innenstädte vorgeschlagen und teilweise auch umgesetzt. Dies ist ein weiteres Indiz dafür, dass fachliche Kenntnisse und Überzeugungen, die vor 1945 vorhanden waren, eingebunden in die damaligen ideologischen Vorgaben, dann ohne diese nach 1945 verfolgt und auch umgesetzt wurden.

## 9 Von Meyer zu Ritterbusch

Zum Ende des Jahres 1939 wird unter dem neuen Obmann der RAG und Herausgeber der RuR Paul Ritterbusch (1900-1945), einem Juristen und Parteigenossen seit 1932, der auch zu den aufstrebenden Akademikern im Dritten Reich gehörte, der Situation entsprechend die Indienststellung der Raumforschung in die Kriegssituation und speziell im Hinblick und in Richtung auf den Osten – auf den Raum östlich des damaligen Deutschen Reiches, etwa Schlesien –

thematisiert. Beide, der als Herausgeber scheidende Konrad Meyer und Paul Ritterbusch als der neue, akzentuieren die Rolle, die Ausrichtung der Raumforschung im Kriegszustand, „im entscheidenden Selbstbehauptungskampf um die endgültige Sicherung der Zukunft unseres Volkes“.<sup>7</sup>

Konrad Meyer weist noch einmal darauf hin, dass er danach gestrebt habe, „bei wissenschaftlicher Eigenverantwortung und Selbstverwaltung und angesichts naturgemäß verschiedener Belange von Fachbehörde und Forschung immer wieder das gemeinsam Verbindende herauszuheben, wie es sich ja aus der beiderseitigen Verpflichtung gegenüber der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft ergibt und dem Wesen politischer Wissenschaft entspricht“.<sup>8</sup> Die Schriftleitung merkt dazu an: „So entscheidend für gesicherte wissenschaftliche Ergebnisse das Festhalten an einem auf lange Sicht abgesteckten Forschungsplanes ist, müssen doch in diesem Augenblick diejenigen Forschungsaufgaben in den Vordergrund treten, die unmittelbar für den Kriegszustand und für die daraus sich ergebende Neuordnung und raumpolitische Gestaltung vornehmlich des Ostens von Bedeutung sind.“<sup>9</sup>

Diese ‚programmatische‘ Anmerkung gibt die Orientierung wieder, der Raumforschung und Raumordnung bis zum Ende des NS-Regimes unterlagen, nämlich der Konzentration auf die räumliche Neuordnung nicht nur der östlichen Räume, die ehemaligen deutschen Gebiete umfassend, sondern auch die neu eroberten, gipfelnd im „Generalplan Ost“. Die räumlichen Probleme des „Altreichs“ wurden zwar auch in RuR immer wieder thematisiert, im Hinblick auf die Ziele und Aufgaben nach dem „Endsieg“, aber die Perspektiven der Osträume und damit auch die des deutschen Großraums innerhalb Europas waren fürderhin dominant.

Ritterbusch (1939) selbst spannt dazu in seinem Beitrag mit dem Titel: „Die Aufgabe der Wissenschaft im Kampf um eine neue europäische Ordnung“ einen weiten Bogen der Philosophiegeschichte – unter ‚Indienstnahme‘ von Kant und Hegel – zur ideologischen Rechtfertigung des Nationalsozialismus, insbesondere des ihm eigenen Aktionismus: „Halten wir uns daran, daß der Weltgeist das Kommando zum Avancieren gegeben hat. Einem Kommando aber wird pariert!“ – so sein Schlusssatz (Ritterbusch 1939: 493)!

Bezogen auf die theoretische und begriffliche Orientierung von Raumforschung und Raumordnung in Deutschland darf jedoch das ‚Auftauchen‘ des Begriffs „Tragfähigkeit“ in einem Aufsatz von Hans Roloff, einem Mitarbeiter

<sup>7</sup> Paul Ritterbusch im Vorwort von Heft 8/9 (1939).

<sup>8</sup> Konrad Meyer im Vorwort von Heft 8/9 (1939).

<sup>9</sup> Ohne Namensnennung – es war aber wohl der Hauptschriftleiter Frank Glatzel (1892–1958).

<sup>6</sup> Vorwort zu Heft 3 1939.



der RfR nicht übersehen werden (Roloff 1939). Denn dieser Begriff wurde von Gerhard Isenberg aus dem Zusammenhang der Wildbiologie, in deren Kontext er zum ersten Mal auftaucht, genutzt, um die „Tragfähigkeit der neuen deutschen Gebiete im Osten“ empirisch zu untersuchen und um zu bestimmen, wieviel deutsche „Umsiedler“ die neu eroberten Gebiete „tragen“ können, also den Osten besiedeln können, nicht zuletzt durch „Umlegung“, also Umsiedlungen aus dem Westen des Reiches (Roloff 1939: 538). Es ist interessant zu erkennen, dass dieser für die Raumordnung der NS-Zeit und auch nach 1945 für die Bundesrepublik wichtige Begriff, insbesondere bei der räumlichen Aufteilung der Flüchtlingsströme, aus der Ökologie stammt, also auch hier ein ‚Biologismus‘ auf gesellschaftliche Zusammenhänge angewandt wurde, ein in der NS-Zeit üblicher gedanklicher Zusammenhang.

## 10 Deutsche Ostpolitik – frühere und neu belebte (1940)

Interessanterweise widmet sich das erste Heft des vierten Jahrgangs der räumlichen Situation Mitteldeutschlands (in etwa Sachsen-Anhalt), einem Gebiet also, das vor 1000 Jahren der Beginn der deutschen Ostpolitik gewesen ist. Dieser Ballungsraum sei vor weiterem Zustrom zu schützen, als Kulturraum zu bewahren und wegen seiner fruchtbaren Böden für die Volksernährung zu erhalten, also ein Versuch, NS-ideologische Ziele umzusetzen. Parallel wird aber auch darauf verwiesen, dass mit Erlass des Führers vom 7. Oktober 1939 der Reichsführer SS, Heinrich Himmler, nun als „Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums“ (RKF) eingesetzt worden sei. Er habe „die Rückführung der aus dem Ausland endgültig ins Reich heimkehrenden Reichs- und Volksdeutschen, die erforderlichen Regelungen für die volksfremden Bevölkerungsteile, sowie vor allem die Gestaltung der neuen Siedlungsräume zur Aufgabe erhalten“ (Glatzel 1940a: 129). Um dies umzusetzen, sollte ein Zusammenwirken aller einschlägigen Forschungseinrichtungen erfolgen. Leiter der Planungsabteilung (Amt IV Planung und Boden) des RKF wurde Konrad Meyer. Er übernahm damit eine zentrale Funktion innerhalb des NS-Systems – zentral für die von ihm geforderte „politische Wissenschaft“, auf die er sich nach 1945, ohne das Epitheton „politisch“ dann, herausreden wird.

In einem Text von Friedrich Bülow über die Fortschritte des kriegswichtigen Forschungsprogramms zur Gestaltung der eroberten Gebiete in Osteuropa wird als ein Aufgabenfeld „die Ausschaltung der Juden“ benannt (Bülow 1940: 150). Und berichtet wird über eine Tagung der RAG unter dem Thema „Deutschland und der osteuropäische Raum“ (Niemeyer 1940) sowie unter dem Abschnitt „Be-

völkerungsdichte und Judentum“ von der „verschärften“ Problematik durch „den großen Prozentsatz der jüdischen Bevölkerung“ (Niemeyer 1940: 163). Damit wird innerhalb von RuR eher unverdächtig, fast neutral ein ‚Problem‘ als wissenschaftliches und politisches Ziel benannt, das später den Begriff der „Endlösung der Judenfrage“ erhalten und umfassen wird. Aber zu diesem Zeitpunkt war die Verfolgung jüdischer Menschen bereits in vollem Gange.

## 11 Fünf Jahre „Reichsstelle für Raumordnung“

Die beiden letzten Hefte des vierten Jahrgangs, die auch einen Rückblick auf fünf Jahre RfR gewidmet sind, erörtern grundsätzlich die Rolle von Raumordnung im Staatsaufbau. Nach Jarmer (1940: 439), Leiter der Verwaltungsabteilung der RfR, soll sie eher nüchtern, „aus einer umfassenden Raumkenntnis Entwicklungslinien für alle planenden öffentlichen Stellen aufzeigen [...], sie will aber nicht selbst durchführen und unmittelbar gestalten“. Aber es wird unter Berufung auf bekannte Topoi auch nicht vergessen darauf zu verweisen, dass nach den „biologischen Gesetzen [...] noch jedes Volk zugrunde gegangen [sei], das sich in den Großstädten ballte“ (Jarmer 1940: 438). Man strebe „durch eine auf genauer Raumkenntnis beruhende Standortlenkung eine gesunde landschaftlich und gewerblich gemischte Raumverteilung sowie eine organische Lösung des Verhältnisses von Stadt und Land“ (Jarmer 1940: 438) an. Diese solle in den eroberten Gebieten des Ostens gewissermaßen beispielhaft auch für das Altreich geplant werden. Als „Kontroll- und Führungsmittel“ sollte die „Ausstellung der sogenannten Kreisstatistiken“ (Jarmer 1940: 438) in der Form von Kreismappen geschaffen werden. Die Forderung nach einer empirisch fundierten Raumforschung, die nicht unbedingt auf eigenen Erhebungen aufbauen muss, sondern sich auf vorhandene Quellen der „Landvermessungen“ und der vorhandenen Statistik stützen sollte, wird auch von Isenberg (1940: 477) gestützt, der nach 1945 in der Bundesrepublik zu einer prägenden Gestalt für Raumforschung und Raumordnung wurde.

Hier wurden jenseits der Berufung auf sogenannte biologische Gesetze, die durch die Weltgeschichte bewiesen seien, Elemente von Raumordnung benannt, die auch heute noch prägend sind. Vorrangig ist der Stadt-Land-Ausgleich zu nennen, des Weiteren die Forderung nach Kreisstatistiken, bis heute eine Grundlage der Raumbeobachtung, und *last but not least* die Beschränkung von der Raumordnung innerhalb des staatlichen Aufbaus auf das Setzen von Überzeugungen in der Form von Leitlinien und mit Vorgaben, jedoch nicht mit „diktatorischen Anweisungen“ – so Jarmer (1940: 436–437): „Raumordnung will aus einer umfas-

senden Raumkenntnis Entwicklungslinien für alle planenden öffentlichen Stellen aufzeigen, sie will aber nicht selbst durchführen und unmittelbar gestalten.“ Dieser nüchternen Sichtweise des Verwaltungsjuristen Ernst Jarmer steht die aufgeladene Diskussion des Raumbegriffs durch den Staatsrechtler Carl Schmitt (1888-1985; vgl. Lethen 2018) gegenüber, der sich vehement gegen einen Staatsbegriff wendet, bei der ein Staat nichts anderes sei als ein rechtliches Konstrukt, „als das auf einer bestimmten Fläche für das Recht organisierte Volk“. Dies sei eine Raumtheorie, „eine leere Raumvorstellung“, die insbesondere durch jüdische Autoren vertreten werde, denn „die Beziehung eines Volkes zu einem durch eigene Siedlung und Kultur gestalteten Boden und zu den daraus sich ergebenden Machtformen ist dem Geist des Juden unverständlich“ (Schmitt 1940: 441).

Es bleibt dem bereits erwähnten Hauptschriftleiter von RuR, Frank Glatzel, vorbehalten, sich zur „raumpolitischen Wissenschaft im Führerstaat“ zu äußern. Es gehe jetzt um die „Gesamtplanung der deutschen Entwicklung“ in den „Ostgebieten jenseits der vom deutschen Volk beherrschten Räume“ – „ausgerichtet an der großen Richtlinie, die der Führer des Großdeutschen Reiches der politischen Wissenschaft ebenso wie der politischen Gestaltung und Verwaltung vorzeichnet“ (Glatzel 1940b: 484), also um eine totale Indienstellung „mit dem Ziel einer großräumigen Neugestaltung des gemeinsamen Lebensraums der europäischen Völker“ (Glatzel 1940b: 481).

Dem entspricht am Ende des vierten Jahrgangs ein Aufsatz von Walter Christaller (1893-1969) zum „Zentralen Ort im Deutschen Ostraum“. Er ist Mitarbeiter beim RKF unter Konrad Meyer. Von seinem System der Zentralen Orte verspricht er sich: „Mit den Ergebnissen dieser Forschungs- und Planungsarbeit erhält dann die Staatsführung das Material, das sie instand setzt, das Mittel der Verwaltungsgliederung so einzusetzen, daß eine wahrhafte – und wehrhafte – Raumordnung im Osten durchgeführt werden kann“ (Christaller 1940: 499). Der Christaller'sche Vorschlag wurde auf einer Tagung eines Arbeitskreises der RAG aber auch kritisiert, weil er zu sehr auf landwirtschaftliche Strukturen, denn auf Städte ausgerichtet sei.<sup>10</sup> Christaller steht mit diesem Ansatz in der Reihe der Planer oder Analytiker, deren Konzepte maßgebend waren und die nach 1945 in der Bundesrepublik fast ungeprüft übernommen wurden (was hier nicht vertieft diskutiert werden kann). Sie wurden gewissermaßen als neutrale planerische Ansätze ausgegeben und

angesehen, die ubiquitär einsetzbar waren und weiterhin sind, obwohl sie auf einer speziellen analytischen Deskription beruhen, aber zu einer planerischen Präskription wurden. Ganz zu schweigen davon, dass diese Ansätze ohne Gewissensbisse auch dem NS-Staat zur Verfügung gestellt wurden, was aber nicht nur für Christaller – dieser durchaus schillernden Persönlichkeit – zutraf. (vgl. Kegler 2015).

## 12 Das Reich im Kriegszustand – Folgen für die Wissenschaft (1941, 1942)

1941 beginnt der fünfte Jahrgang von RuR mit einer Erweiterung der Herausgeberschaft. Paul Ritterbusch ist zwar weiterhin der Herausgeber, aber jetzt in Verbindung mit Carl Krauch (IG Farben), Konrad Meyer, Hugo Hassinger, Andreas Predöhl und Friedrich Bülow. Außerdem wird auf der Titelseite jetzt Frank Glatzel explizit als Hauptschriftleiter genannt. Konrad Meyer ist mit seiner neuen Funktion wieder ‚an Bord‘. Carl Krauch, Andreas Predöhl und Friedrich Bülow setzten nach 1945 ihre Karrieren mehr oder weniger ungebrochen fort, insbesondere Bülow und Predöhl hoch geehrt (vgl. Gutberger 2017). Insgesamt ist eine Ausweitung des ‚Einzugsbereichs‘ der Zeitschrift auf die neue räumliche Konfiguration des Deutschen Reiches im Kriegszustand festzustellen, der die Zusammenfassung aller Kräfte erforderlich machte, nicht zuletzt mit dem Ziel, die „neuen Siedlungsräume zu deutschen Landschaften“ zu machen (Greifelt 1941: 3). Greifelt war kein „Professor Hitlers“ (Weinreich 1946), sondern Obergruppenführer der SS und als General der Polizei der Leiter der Dienststelle des Reichsführers SS als Reichskommissar für die Festigung Deutschen Volkstums. Er stellt für die „neuen Reichsgebiete“ angesichts der „unklaren Volkstumsgrenzen“ die Forderung auf, dass „die zugestandlose Durchführung einer reinlichen Trennung zwischen deutschem und fremdvölkischem Blut“ unerlässlich sei. „Das bedeutet: strenge Auslese nach volkstumspolitischen Richtlinien – nach rassischen, biologischen, gesundheitlichen und charakterlichen Gesichtspunkten“ (Greifelt 1941: 3). Das Ziel müsse der Aufbau „einer gesunden deutschen Kulturlandschaft“ basierend auf „der Größe und der Blutskraft des bäuerlichen Unterbaues“ und interessanterweise unter „Einsatz der Technik und größtmöglicher Mechanisierung der Arbeitsvorgänge“ sein (Greifelt 1941: 5).

Dieser Vortrag Greifelts, der 1948 zu lebenslänglicher Haft verurteilt wurde und 1949 in der Haft starb, ist in seinen Aussagen, in seiner politischen Zielsetzung weniger radikal, aber eindeutiger als viele fachliche Ausführungen. Die in der Zeitschrift oft unkommentierte Parallelität oder besser Juxtaposition von wissenschaftlichen Ausführungen,

<sup>10</sup> „Welche Struktur und welche Gestaltung sollen die zentralen Orte des Ostens und ihre Einzugsgebiete künftig haben?“ Bericht über die Sitzung des Arbeitskreises „Zentrale Orte“ der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung am 26.10.1940. In: Raumforschung und Raumordnung 4, 11/12, 503–504.

die aber auch immer einen Rekurs auf den politischen und ideologischen Zeitgeist enthalten, ihm ihre Referenz erweisen, zu rein ideologischen Ausführungen, etwa zu Blut- und Boden-Vorstellungen, dieses ‚Nebeneinander‘ wird hier ergänzt durch eine neue Mischung dieser Ideologie mit Elementen der modernen Technik, etwa der „Mechanisierung von Arbeitsvorgängen“, aber jetzt verbunden mit einer technokratisch exekutierenden Machtpolitik. Eine Orientierung, die auch Konrad Meyer als moderner Agrarwissenschaftler im RKF gegenüber einer ‚dumpfen‘ Blut und Boden-Ideologie verfolgte (vgl. Messerschmidt 1994).

Allerdings werden in weiteren Aufsätzen von Landesplanern auch ähnliche Töne der Großstadtfeindschaft und der „Eindeutschung“ des neuen deutschen Ostraums gegen die bisherige Unterwanderungsgefahr durch das „Polentum“ geäußert. Auch der eher ‚nüchterne‘ Gerhard Isenberg, der eine „Wanderungsbilanz 1933-1939“ vorlegt, wonach in dieser Zeit im „Sudentengau“ eine Abwanderung stattgefunden habe, nämlich der tschechischen Beamten nach Böhmen/Mähren und der Juden ins Ausland (dann „Wiener Juden“), ist von der (un)„geistigen Situation der Zeit“ infiziert. Er fordert eine neue „Prognose der Bevölkerungsverteilung“, „wobei wir allerdings von andersartigen, durch die Erweiterung des Lebensraumes und die Neuordnung Europas bestimmten Voraussetzungen ausgehen müssen“ (Isenberg 1941: 25).

Greifelt als agierender, aktiver Bürokrat und ideologischer Technokrat im NS-Machtapparat und Isenberg als analytischer Unterstützer dieser Machtkonstellation: Dies sind gewissermaßen die beiden Pole, zwischen denen sich die Aufsätze der RuR bewegen, eigentlich von Anbeginn 1935 an, und mit den militärischen Erfolgen des Dritten Reiches verstärkend den jeweils politischen Konstellationen oder Vorgaben folgen. So wird Anfang des Jahres 1941, unter dem Eindruck des Hitler-Stalin-Pakts – vor dem Überfall auf die Sowjetunion – darüber spekuliert, welche positive Funktion dieser Pakt angesichts des deutsch-russischen Wirtschaftsabkommens für die notwendigen Einfuhren von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen in das Deutsche Reich haben werde – eine politisch momentane, nicht lang anhaltende Konstellation und völlig konträr zu den zuvor immer wieder erhobenen Warnungen vor dem Bolschewismus.

Unter der Annahme eines deutschen Sieges wird nicht nur über die Entwicklung der ländlichen Räume im eroberten Ostraum spekuliert. Josef Umlauf (1906-1989), nach 1945 Verbandsdirektor des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk, der unter Konrad Meyer im RKF arbeitete, macht sich Gedanken über den „Aufbau der Städte“ im neuen Ostraum, über Stadtgründungen im Osten, als eine Wiederbelebung des alten deutschen Reiches, nun im Dritten: „Wo Deutsche aller Stämme, Volksdeutsche und Umsiedler

inmitten des schärfsten Volkstumskampfes zu einer neuen Einheit zusammenwachsen sollen“ (Umlauf 1941: 107).

Neben der Thematisierung der Entwicklung des neuen deutschen Ostens wurde aber auch die weitere Entwicklung des Altreichs ab und an thematisiert. Interessanterweise wurde immer mal wieder die – als besonders eingeschätzte – Situation Württembergs diskutiert, die mit ihrer Mischung von Industrie und Landwirtschaft durch die sogenannten Nebenerwerbslandwirte nicht in das nationalsozialistische Schwarz-Weiß-Schema von Bauer versus Industriearbeiter passte, die aber als eine „durchaus volkhafte Industriearbeiterschaft“ bezeichnet wurde (Ipsen 1941: 256).

Es ergaben sich aber aus der Kriegssituation heraus auch neue Gesichtspunkte gegen die Großstädte, gegen die „großen Flächenstädte des 19. Jahrhunderts“, wie einem „Feldpostbrief eines Planers“ zu entnehmen ist (Dörr 1941: 270). Sie seien nämlich anfällig für Luftangriffe, wie die deutschen Angriffe auf England bewiesen. Man solle dies auch für Deutschland zu Kenntnis nehmen, denn es sei falsch zu meinen, „unsere Großstädte seien wegen unserer Luftüberlegenheit einer luftkriegstechnischen Kritik enthoben“ (Dörr 1941: 270). Es wurde aus dieser, neuen Perspektive eine ‚Großstadtwende‘, ein neuer Ansatz gefordert. Es war ein Ruf nach neuen Ansätzen in der Stadtplanung, die dann nach den Zerstörungen des Luftkrieges in der Bundesrepublik besonders von Hans Bernhard Reichow (1899-1974) mit den ‚Stichworten‘ „Organische Stadtbaukunst“ und „Autogerechte Stadt“ aufgenommen wurden, letztlich eine Kontinuität biologistischen Denkens und Gestaltens. An dieser Stelle war es jedoch ein eigentlich nicht intendiertes Menetekel für die Zerstörung der deutschen Städte im weiteren Verlauf des Krieges.

Als das Heft 8 des Jahres 1941 erscheint, ist der Angriff auf die Sowjetunion längst erfolgt, wird aber nicht direkt aufgenommen, aber indirekt, denn es werden zwei Todesanzeigen abgedruckt. Eine besagt, dass der Pressereferent der RfR, Karl Troebs, gefallen sei: „Er gab sein Leben im Kampf gegen den Bolschewismus, den er als die schwerste Bedrohung allen deutschen Wesens erkannt hatte.“<sup>11</sup> Der Kampf gegen den Bolschewismus war in den Heften zuvor – nach dem Hitler-Stalin-Pakt – kein Thema mehr gewesen. Nun ist er zurück. Ein Heft weiter folgt dann der Nachruf auf Hans Kerrl (1887-1941), den Leiter der RfR, gleichzeitig auch Kirchenminister („Minister für Raum und Ewigkeit“), der seit Längerem herzkrank gewesen war. Herrmann Muhs wurde sein geschäftsführender Nachfolger.

Ein Artikel von Konrad Meyer zu „Planung und Ostauf-

<sup>11</sup> Todesanzeige in Heft 8 1941.

bau“ ist ein gewollt ‚grundsätzlicher‘. Er betont, dass der Nationalsozialismus angetreten ist „mit der schärfsten Ablehnung des liberalen Prinzips der Selbstregelung und Freizügigkeit aller Kräfte“. Er stehe gegen „laissez faire, laissez aller“, denn für eine „verpflichtende Idee des volklichen Gemeinwohls“ bedarf es eines Plans. „Daher gehört Planung zum Wesen nationalsozialistischer Politik und ist heute Ausdrucksform und Teilerscheinung unserer nationalsozialistischen Führungsordnung“ (Meyer 1941: 392). Für sich als Anspruch genommen eigentlich eine enge Verwandtschaft zum Bolschewismus! Der Krieg zeige die „getarnte Einheitsfront des liberalen Wirtschaftsimperiums und des Bolschewismus nun endlich in seiner ganzen Hemmungslosigkeit“. Demgegenüber stehe in Deutschland eine „große völkische Bewußtheit und Zielstrebigkeit“ sowie das „Führerprinzip“. Vorrangig gehe es jetzt um „Planung und Aufbau des ostdeutschen Gesamttraums“: „Dieses planerische Gesamtwerk ist – wie gesagt – einzig und allein volkspolitisch bestimmt, also auf das durch die Einheit von Land und Stadt verkörperte Volksganze gerichtet und unterscheidet sich hierin grundsätzlich von der bisherigen Siedlungspraxis und den meisten Kolonisationen der Vergangenheit“ (Meyer 1941: 394). Dahinter stand bei Meyer, ohne es oder ihn beim Namen zu nennen, die Arbeit am „Generalplan Ost“ (vgl. Gutberger 1996; Heinemann/Wagner 2006; Herbert 2021).

Paul Ritterbusch setzt sich in seinem Beitrag „Wissenschaft im Kampf um Reich und Lebensraum“, der am Anfang des Jahrgangs 1942 steht, mit der „Aufhebung der geschichtlich-politischen und sozialen Einheit in einem Pluralismus von Parteien und Wert und Weltanschauungen“ – vor der Machtergreifung 1933 – auseinander. Es sei „jede wirkliche Einheit und Allgemeingültigkeit von Wert und Wahrheit in Frage“ gestellt worden (Ritterbusch 1942: 3). Als negatives Beispiel dafür benennt er den „Juden Kelsen“, den bedeutenden Rechtstheoretiker Hans Kelsen (1881-1973), ein Vertreter des Rechtspositivismus. Dem stehe der „deutsche Professor“ gegenüber, von dem Alfred Rosenberg gesagt habe: „Nirgends ist der deutsche Gedanke tiefer gedacht worden als an den deutschen Universitäten“ (Ritterbusch 1942: 4) – zumindest von „Hitler’s Professors“ (Weinreich 1946). Alles in allem ist dies ein etwas verquaster, hochtrabender Ansatz in seinem Begehren nach Ausschließlichkeit, in seinem inhärenten Antisemitismus und mit seiner Forderung nach einer „neuen kontinentalen Ordnung Europas“, die gegen „das bolschewistische Rußland und gegen England durchzusetzen“ (Ritterbusch 1942: 7) sei. Paul Ritterbusch äußerte sich nicht so krude und technisch wie Konrad Meyer, aber mit derselben Zielrichtung. Ritterbusch nahm sich 1945 beim Nahen der Alliierten das Leben. Meyer überlebte das NS-Regime, stand in Nürnberg vor Gericht

und setzte später seine Karriere in Universität und ARL ungebrochen fort (vgl. Meyer 2014).

Im Laufe des Jahrgangs 1942 werden die Hefte dünner und auch auf billigerem Holzschliffpapier gedruckt. Es erscheinen vermehrt Todesanzeigen von Mitgliedern der RAG – „in Rußland im Kampf gegen den Bolschewismus“ oder im „großdeutschen Lebenskampf gegen seine plutokratischen Neider und den bolschewistischen Weltfeind“ gefallen – die neuen, alten ideologischen Grundlagen reflektierend. Diese Grundlagen werden auch immer wieder berufen, wenn im Hinblick auf die Planungen für den Ostraum, für Osteuropa gesagt wird, dass der deutsche Ansatz nicht so diktatorisch sei wie der in Sowjetrußland, aber auch nicht alles dem freien Spiel der Kräfte überlasse, wie in den „Westländern“. Es ist ein ordnender Ansatz, eher kein ‚goldener Mittelweg‘, der nicht zuletzt dem Christaller’schen Prinzip der Zentralen Orte folgte, der verschiedentlich vorgestellt und diskutiert wurde. Er liegt auch den Planungen für den „Generalplan Ost“ zugrunde, mit dem Ziel, die „übermäßige Anziehungskraft der Großstädte“ einzuschränken und einen Ausgleich durch „eine planmäßige Förderung der Klein- und Mittelstädte“ zu erreichen. Dieser lag in einer „Blaupause“ vor, der aber als Plan wegen der „unmittelbaren Kriegsaufgaben [...] in den eingegliederten Ostgebieten nur in sehr eingeschränktem Umfang“ vorangetrieben werden könne. „Nach Beendigung der Kriegshandlungen im Osten [können] die Aufbauarbeiten ohne weiteren Zeitverlust durch grundsätzliche Vorarbeiten und Verfahrensfragen planmäßig in Angriff genommen werden“.<sup>12</sup>

Insgesamt nimmt die Diskussion über die Gestaltung des neuen, intendierten deutschen Großraums zu, nicht zuletzt in dem Versuch, diese „europäische Neuordnung und die Verwirklichung des Großdeutschen Reiches“ in eine deutsche Tradition zu stellen, etwa indem Friedrich List als Vorläufer „der nationalpolitischen Denkweise auf volkswirtschaftlichen Gebieten zu betrachten sei“ (Bülow 1942: 322).

Vonseiten der Schriftleitung (Frank Glatzel), die jetzt öfters ihre Sicht äußert, kommentierend oder einordnend, wird dann abschließend auf die vom verstorbenen Chef der RfR, Minister Hans Kerrl, vorgenommene Richtpunkte für Raumforschung und Raumordnung verwiesen – mit den Stichworten „biologische Volkskraft“, „arteigene Zuordnung von Volk und Landschaft“. Diese werden gewissermaßen als verbindlich bezeichnet (Glatzel 1942: 350). In einem anderen Artikel wird Kritik an der Zentralen-Orte-Theorie Walter Christallers und ihrer möglichen Anwen-

<sup>12</sup> So Josef Umlauf bei einer Sitzung der Märkischen Landesgruppe der Deutschen Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung am 23. März 1942 in Berlin; vgl. *Raumforschung und Raumordnung* 6, 2/3, 78–79.

derung geäußert, denn „Raumforschung sei nicht nur Geometrie, sondern Politik“ (Herriegel 1942: 345). Alles in allem sind dies Hinweise auf eine durchaus inhaltliche Diskussion um die Ausrichtung von Raumforschung zwischen analytischer Fundierung und politischer Indienststellung, bei der die Schriftleitung zu einer Kommentierung greift, um eine verbindliche Linie, wie sie von maßgeblichen Personen geäußert worden sei, nicht infrage zu stellen.

### 13 Letzte grundsätzliche Überlegungen (1943)

Gedanken zur räumlichen Ordnung oder Planung werden in RuR nicht nur politisch-praktisch orientiert behandelt, sondern auch weiterhin von eher theoretisch argumentierenden Wissenschaftlern wie Karl Thalheim (1900–1993) im ersten Heft des siebten Jahrgangs 1943. Er ging der Frage nach, ob die Raumordnung „als das Streben nach optimaler Zuordnung von Volk und Raum“, als „eine unabdingbare Voraussetzung aller gesunden völkischen Existenz“ nach „immanenten Gesetzmäßigkeiten“ entstehe, wie es die „liberale Theorie“ annehme, oder durch „bewußte Lenkung und Planung“ (Thalheim 1943: 3). Letztere Bestimmung obliege dem Raumforscher als „guter Doktor“ – eine Metaphorik für die Raumforschung, wonach der „gute Doktor“ die „Krankheitserscheinungen“ zu untersuchen habe, um dann zu einer „Heilung der Erkrankungen“ zu kommen (Thalheim 1943: 3). Dieser biologistische Ansatz bei der Untersuchung des Raums, um eine „gesunde Raumordnung“ zu erreichen, müsse sich der „Verstädterung und Zusammenballung bedeutender Menschenmassen“ widmen. Denn wenn es nicht gelinge, „den Ballungstendenzen der Industrie wirksam zu begegnen“, dann „bedeutet alle Raumordnung nur ein Kurieren an Symptomen und Folgeerscheinungen, nicht eine Beseitigung der Erkrankung des Volkskörpers selbst“ (Thalheim 1943: 4). Aber auch die „übermäßige Zersplitterung der Landwirtschaft in Zwergbetriebe und Parzellenbesitzungen“ müsse ins Blickfeld genommen werden (Thalheim 1943: 3). In dieser Argumentation ‚verbergen‘ sich drei Grundelemente – man könnte diese auch als Narrative bezeichnen – der damals dominierenden Sichtweisen auf den Raum, die immer wieder variierend auftauchen.

Das erste Narrativ ist die Großstadtfeindschaft („Verstädterung und Zusammenballung bedeutender Menschenmassen in Großstädten als Störungen einer gesunden Raumordnung“; Thalheim 1943: 3) und die damit verbundene Stadt-Land-Problematik einschließlich der Dezentralisierungsperspektiven und -strategien. Als Zweites ist die völkische Sichtweise (Raumordnung „als das Streben nach optimaler Zuordnung von Volk und Raum ist eine unabdingbare Voraussetzung aller gesunden völkischen Existenz“; Thalheim

1943: 3) zu nennen und drittens die damit verbundene biologistische Sichtweise, um die „Krankheitserscheinungen im völkischen Leben“ zu beseitigen (Thalheim 1943: 3). Thalheim benutzt in seiner Argumentation gegen den Liberalismus als Maxime der Raumordnung und im Setzen auf eine „politische Wissenschaft“ als „unmittelbare Mithilfe zur Gestaltung des völkischen Lebens“ (Thalheim 1943: 3) eine vergleichsweise zurückhaltende Diktion. In einem anderen Aufsatz wird, eher nicht zurückhaltend, zum Verhältnis von Rasse und Raum argumentiert und zum Beispiel „eine rassen- und bevölkerungsbiologische Reichsbestandsaufnahme“ (Freiherr von Eickstedt 1943: 137) gefordert. In RuR wurden somit bezogen auf Raumforschung und Raumordnung alle einschlägigen Komponenten der NS-Ideologie vorgestellt, gegebenenfalls auch akzentuiert durch die Schriftleitung.

Wenn 1966 Thalheim auf Befragen sagt: „Ich habe an den schrecklichen Unsinn, der in diesen Sätzen [in seinen Aufsätzen] steht, nie geglaubt. Ich bin nie Antisemit gewesen“ (Seeliger 1966: 36), dann liegt darin fast das typische, rückblickende ‚Geständnis‘ eines seinerzeit noch jungen Wissenschaftlers, der zu denen gehörte, die um ihrer Karrierechancen willen sich als „moralische Idioten erwiesen“ haben (Semler 2004). Thalheim gehört aber zu den wenigen, die sich dazu bekannt haben, sich überhaupt zu ihrer Vergangenheit geäußert haben, ihr nicht ausgewichen sind oder versuchten, sie zu verschweigen (Seeliger 1966: 35–38).

Ein anderer Volkswirt, der auch eng mit RuR verflochten gewesen ist, vor 1945 und danach, Friedrich Bülow (1890–1962), der zeitweilig auch ihr Mitherausgeber war, geht in seinen Überlegungen zum Aufsatz „Politische Theorie und industrielle Ballung“ abstrakter vor. Er verweist zwar auf die Problematik biologischer Analogismen, spricht von „einem leeren und hohlen Spiel mit biologischen Analogien“ (Bülow 1943: 20). Aber er will die „Diagnose räumlicher Wirtschaftserscheinungen“ auf der Suche nach „Erkrankungen des Lebensraumes“ (Bülow 1943: 20), die er dann in den industriellen Ballungen sieht, betreiben, weshalb er gegenüber den Großstädten die Klein- und Mittelstädte stärker aktivieren möchte, also das ‚alte‘ Thema Dezentralisierung, jetzt auch mithilfe der neuen, eroberten Ostgebiete.

Zuvor war in einem Aufsatz zur bäuerlichen Situation in Württemberg argumentiert worden, dass es darum gehe, die „Berufsfucht aus dem bäuerlichen Lebenskreis“ (Bohnert 1943: 79) aufzuhalten, nicht zuletzt durch die Schaffung leistungsfähiger, größerer Betriebe, womit wohl die nicht geschätzte Realität von Nebenerwerbsbetrieben verändert werden sollte – ebenfalls mittels von Umsiedlungen in den gewonnenen Raum in den Reichsgauen, was ansatzweise auch erfolgte.

In einem anderen Aufsatz wird direkt auf die „Berechnung des künftigen Bevölkerungsaufbaus in den ländlichen Neusiedlungsgebieten“ eingegangen (von Schauroth 1943). Er stammt aus dem Umfeld Konrad Meyers (RKF) und expliziert, welche planerischen Vorgaben bei diesen Neusiedlungsgebieten vorzusehen seien – unter Berufung auf Arbeiten von Christaller, Isenberg und Umlauf aus der Zeitschrift „Neues Bauerntum“. All diese planerischen Überlegungen hatten ihren Kontext in den Arbeiten am „Generalplan Ost“, die weiter vorangetrieben wurden (vgl. Wildt 2015; Heineemann/Wagner 2006; Ingraio 2012). Die planerischen Diskussionen bewegten sich also in ‚vertrauten‘ Bahnen, mal fachlicher, mal ideologischer Art, wobei letztere eigentlich nie fehlte als verbindliche Orientierung, in unterschiedlichen Formulierungen stets berufen wurde.

Im letzten Heft des Jahrgangs 1943 wird auf einen räsonierenden Rückblick von Paul Ritterbusch, den er auf der Sitzung der Hochschularbeitsgemeinschaft für Raumforschung (HAG) im Juni 1943 gegeben hat, eingegangen. Es ist der letzte Bericht über eine solche Veranstaltung in RuR. Nach seiner Einschätzung konnte mit der Etablierung von Raumforschung und Raumordnung – mit RfR und RAG – nicht alles durchgesetzt werden, was man erreichen wollte. Offensichtlich war die politische Stellung insbesondere der Raumordnung schwächer gegenüber anderen staatlichen wie parteilichen Einrichtungen des NS-Systems, insbesondere gegenüber dem RKF. Der argumentative Wert der RAG, der in ihr zusammengeschlossenen Wissenschaftler und ihres Forums, der RuR, war größer als ihr realer Machteinfluss. Erneut wird auch erkennbar, dass es zwischen der RfR als staatlicher Einrichtung und der in der RAG organisierten Wissenschaft nicht immer eine reibungslose Zusammenarbeit gegeben habe. Aber „mit der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung setzt der Beginn einer planvollen Gestaltung des deutschen Lebensraumes durch die deutsche Wissenschaft ein“.<sup>13</sup> Dies ist ein nachklingender Satz, denn tatsächlich waren die in der RAG vereinten Institute und Wissenschaftler diejenigen, die nach 1945 weitgehend weiter arbeiten konnten und die weitere Ausgestaltung von Raumforschung und Raumordnung in den Westzonen und dann in der Bundesrepublik prägten, prägen konnten (vgl. Werner 2022). Ansatzweise geschah dies auch in der sowjetisch besetzten Zone und dann in der DDR, mit ähnlichen Methoden und Ansätzen, wenn auch mit einer anderen Ideologie und Terminologie: Territorialplanung statt Raumordnung.

Auch bei einem anderen, bereits erwähnten Forschungs-

bereich kann diese nicht problematisierte Kontinuität festgestellt werden, nämlich für die Erforschung des Zusammenhangs von Rasse und Raum. Dies wird von Egon Freiherr von Eickstedt (1892-1965, Anthropologe bis zu seiner Emeritierung an der Universität Mainz) in diesem letzten Heft des siebten Jahrgangs 1943 diskutiert als die notwendige Ergänzung für das Verhältnis von „Raumplanung und Menschforschung“ (Freiherr von Eickstedt 1943): „Das bedeutet beim Menschen: Kenntnis der Rassentypen und Körperbauformen einer regionalen Einheit, auch Kenntnis der rassen- und gautypischen seelischen Haltung, Eignungsveranlagung, Gesundheitslage und Bevölkerungsbewegung. [...] Die rassen- und bevölkerungsbiologische Reichsbestandsaufnahme muß kommen“ (Freiherr von Eickstedt 1943: 137).

## 14 Der letzte Jahrgang vor dem Ende des NS-Regimes (1944)

Der achte Jahrgang (1944) ist der letzte, der noch (mit zwei Heften) erschienen ist. Berichtet wird über die Arbeiten an dem 1939 angekündigten „Reichsatlas“ (Kornrumpf 1944). Es gab also neben den ideologischen Präsentationen auch konkrete wissenschaftliche kartographische Bestandsaufnahmen, deren technische Hintergründe dargestellt werden. Demgegenüber wurde auch über die „Bevölkerungsbiologie von Breslau“ (Freiherr von Eickstedt/Schwidetzky 1944) berichtet, dass entgegen der wohl vermuteten oder unterstellten Entwicklung „keine qualitative Verminderung der Landbevölkerung durch die Abwanderung in die Städte stattfindet“ (Freiherr von Eickstedt/Schwidetzky 1944: 32). Also alles in allem fast „business as usual“, aber eine Besprechung aus dem Bereich der Bevölkerungsstudien bemängelt, dass „Angehörige des jüdischen Volkes nicht gesondert behandelt werden“ (Gläß 1944: 37). Der Anklang an das Substantiv „Sonderbehandlung“ ist im ‚Rückblick‘ nicht zu überhören (Schmitz-Berning 1998: 584–587).

In dem zuletzt erschienenen Heft, dem zweiten dieses achten Jahrgangs, wird ohne jeden Kommentar Ritterbusch nicht mehr als Herausgeber aufgeführt. Er war offensichtlich oder anscheinend in Ungnade gefallen (Werner 2022: 154). An seine Stelle trat Kurt Brüning. Die Aufsätze in diesem Heft behandeln – wieder einmal – die „Neuordnung der Landwirtschaft“ (Achilles 1944). Hinsichtlich der Stadtentwicklung wird die Aussage getroffen, dass der „feindliche Bombenterror“ als „künftige Friedensaufgabe“ die einmalige Gelegenheit biete, „die notwendigen Entscheidungen

<sup>13</sup> Bericht über die Sitzung der Hochschularbeitsgemeinschaft für Raumforschung an der Universität Greifswald am 4. Juni 1943. In: Raumforschung und Raumordnung 7, 5/6, 168.

nach raumplanerischen Gesichtspunkten zu treffen“.<sup>14</sup> Und im Hinblick auf die Stadtgesellschaft wird auf den für damals erstaunlichen Tatbestand eingegangen, über den in der „Zeitschrift für Geopolitik“ berichtet worden war, dass die am ehesten als „amerikanisiert“ zu benennende Großstadtbevölkerung bei den „schweren Terrorangriffen“ gezeigt habe, wie „bodenverbunden“ sie sei.<sup>15</sup> Es sei ein Heimatgefühl zu beobachten, das zeige, wie sehr sie, die Großstadtbevölkerung, „im Grunde bäuerisch mit der Erde verbunden“ sei. Dieser positiven Einschätzung der Stadt wird dann in einer Anmerkung widersprochen: „Bedenklich erscheinen die wenigen Sätze über den Neubau der zerstörten Städte.“<sup>16</sup> Städte, ihre soziale Realität, bleiben bis zuletzt eine ‚cause celebre‘, ein ungeliebter gesellschaftlicher ‚Tatbestand‘.

Die Zeitschrift stellte mit diesem Heft das Erscheinen – vorerst – einfach ein, ohne ausdrückliche Ankündigung, erzwungen durch die Umstände des zu Ende gehenden Krieges. Die Redaktion hatte sich auch schon nicht mehr in Berlin befunden, sondern war nach Göttingen/Hannover verlegt worden.

## 15 Nachgedanken

Gerade auch im letzten Heft spiegelt sich noch einmal die Ambivalenz der Zeitschrift wider, indem sie einerseits durchaus sinnvolle und sachliche wissenschaftliche Grundlagen für Raumforschung und Raumordnung lieferte, darüber berichtete. Andererseits verstand sie sich durchaus auch als Vertreterin einer „politischen Wissenschaft“, die den politischen und ideologischen Vorgaben des NS-Systems folgte, Raum gab: einem System, das durchaus nicht homogen war, changierende politische Narrative aufwies, von durchaus unterschiedlichen Akzentsetzungen und internen Machtkämpfen geprägt war. Es gab eine durchgängig zu beobachtende verbale Großstadtproblematik, wenn nicht Feindschaft, unter einer durchgehenden, verbalen Berufung, wenn nicht gar Verherrlichung von Bauern und Boden (Blut und Boden) als die anzustrebende Fundierung einer neuen Gesellschaft – insgesamt Ideologismen, denen eine viel komplexere Realität gegenüberstand. „Was die Dinge zusammenhielt, war eine Kombination von Ideologie

und sozialer Dynamik auf einer Grundlage von Charisma und Terror“ (Schoenbaum 1968: 339). Dieser Satz Schoenbaums fasst es gut zusammen. Verbunden mit Elementen der modernen Technik, Stichwort „Modernisierung“, gerade auch im Bereich der Landwirtschaft, war es eine toxische Mischung, eine „Widersprüchlichkeit zwischen modernisierendem Effekt und weltanschaulicher Absicht“ (Brechtken 2001: 216).

Diese neue völkische und auch moderne Gesellschaft sollte zuerst in den eroberten Gebieten des Ostens erprobt, verwirklicht werden, später dann auch der Neustrukturierung des „Altreichs“ zugrunde gelegt werden. In den Aufsätzen der RuR wurden die Grundlagen dieser Siedlungspolitik im Osten, die letztendlich der Konzipierung des „Generalplans Ost“ zugrunde lag, genutzt, vorgestellt und diskutiert, ohne dass dies/dieser direkt benannt wurde, in der Orientierung, als planerisches Narrativ allerdings mehr als deutlich, nicht nur angedeutet.

Die Äußerung Thalheims aufgreifend, dass er an „den schrecklichen Unsinn“ in seinen eigenen Äußerungen, die in Richtung auf eine „politische Wissenschaft“ mit NS-Orientierung auch in RuR erschienen, „nie geglaubt“ habe (Seeliger 1966: 36), dies kann wohl nicht durchgängig oder gleichermaßen für die meisten anderen Autoren gelten. Es gab ‚alte Kämpfer‘, die meistens aus rechtskonservativen Kreisen zum Nationalsozialismus gestoßen waren, und es gab junge Wissenschaftler, kaum Wissenschaftlerinnen, die um 1900 geboren und am Anfang oder beim Einstieg in eine entsprechende Karriere standen (vgl. Herbert 2021). Sie suchten und fanden im Nationalsozialismus einen systemischen gesellschaftlichen Zusammenhang – der sich auf nationale Traumata berufen und sie nutzen konnte, was nicht zuletzt mit dem bekannten Romantitel „Volk ohne Raum“ oder dem „Kampf gegen Versailles“ umrissen werden kann –, eine neue gesellschaftliche Orientierung und persönliche Karrieren. Auch konnten sie, wie gezeigt, in ihrer Orientierung auf die in einschlägigen Kreisen und Zusammenhängen zuvor bereits vorhandene kritische Einstellung gegenüber der Verstädterung, deren gesellschaftlicher und baulicher Realität zurückgreifen. Neben dieser Tendenz der Jugendbewegung, „aus der grauen Städte Mauern“ zu entfliehen, gab es eine eher technokratische, durchaus auch moderne Sicht, der Siedlungsstruktur und -entwicklung Deutschlands angesichts der ‚Raumenge‘ nach Versailles, angesichts dieses verhassten Einschnitts in der Entwicklung des Deutschen Reichs, mit neuen planerischen Ansätzen zu begegnen (Leendertz 2008: 59–60). Diese wurde erweitert im Rahmen Deutschlands durch eine neue, allerdings vage bleibende „innere Kolonisation“ (Serling 1911b) und in Europa durch eine gewaltsame Veränderung des räumlichen Rahmens Deutschlands. Dies sollte in einer Weiterverfolgung des „Drangs nach dem Osten“

<sup>14</sup> Bericht (ohne Angabe eines Verfassers) zum „Wiederaufbau der bombengeschädigten Städte“. In Raumforschung und Raumordnung 8, 2, 70–71.

<sup>15</sup> Bericht „Die Bewährung der Großstadt“ in der Rubrik „Zeitschriftenschau“, Verfasser „Th. G.“. In: Raumforschung und Raumordnung 8, 2, 72–73.

<sup>16</sup> Bericht „Die Bewährung der Großstadt“ in der Rubrik „Zeitschriftenschau“, Verfasser „Th. G.“. In: Raumforschung und Raumordnung 8, 2, 73.

(Wippermann 1981) geschehen, dessen Kolonisation schon im 19. Jahrhundert als Orientierung diskutiert worden war, jetzt Teil einer geopolitischen Neuordnung Europas war.

Es gab also ein breites Spektrum von Karriereristen, Mitläufern und überzeugten Nationalsozialisten, von „Unbedingten“ (Wildt 2015), dann auch Schreibtischtätern (van Laak/Rose 2018), die in dem in der NS-Zeit sich etablierenden Feld von Raumforschung und Raumordnung in RuR ein Forum fanden, obwohl, wie gezeigt, dieses Feld sich früher formiert hatte, aber jetzt für die NS-Ideologie in Dienst gestellt wurde, sich in Dienst stellen ließ. So stellt sich RuR vor 1945 als ein Sammelsurium an Aufsätzen und Beiträgen dar, die Strömungen innerhalb des NS-Systems widerspiegeln: eine Mischung aus ideologischen, fast propagandistischen Manifestationen, aus sachlichen Beiträgen mit ideologischen Intonationen, aber auch aus Beiträgen, die die Arbeit an den Verbrechen, die in den eroberten Räumen stattfanden oder geplant wurden, ahnen ließen, von den versteckten oder offenen rassistischen und antisemitischen Äußerungen ganz zu schweigen. Es war in der Tat eine „politische Wissenschaft“, eine Wissenschaft unter politischer Indienststellung, wie sie in den Texten verschiedentlich angesprochen und gefordert wurde, auf der Basis von rein fachlicher Kompetenz, dem Anspruch nach. So schreibt Konrad Meyer in seinem Lebensbericht von 1970 zu den Arbeiten „für die Gestaltung der neuen Siedlungsgebiete“ also für den „Generalplan Ost“: „Sie betreffen den ländlichen Aufbau, die Planung und Gestaltung der Städte und schließlich die Gestaltung der Landschaft in den eingegliederten Ostgebieten. In diesen allgemeinen Anordnungen sind bereits – was sowohl die Bodenordnung, die Dorfplanung, die Zuordnung der Städte zum Land, die Bedeutung der verschiedenen Stadtgrößen, die Gliederung der Städte und schließlich die Gestaltung der Landschaft und der Bauwerke in der Landschaft anbetreffen – eine Reihe von Gedanken ausgesprochen, die auch heute noch in der Raumplanung gelten. Sie besitzen nur den Nachteil, daß sie den Namen H. Himmlers als Unterschrift tragen“ (Meyer 1970: 108). Eine fachliche Exkulpierung, die für sich selbst spricht.

Es ist ein verklärtes Patchwork, ein Panoptikum von tradierter Wissenschaft, moderner Technokratie und verquasteten Ideologismen, die jetzt gerne ausgeblendet werden sollen. All dies lässt erkennen, dass, wie Weinreich (1946) früh dargestellt hat, die Veröffentlichungen in RuR die Äußerungen von „Hitler’s Professors“ waren, auch wenn sie dies nach 1945 allgemein verneinten, sich auf ihre fachliche Kompetenz beriefen, deren politische Nutzung ausblendeten. Dass sich dies nicht nur auf das Wissenschafts- und Aktionsfeld von Raumforschung und Raumordnung beschränkte, braucht und kann nicht in diesem Rahmen diskutiert werden. Es ist inzwischen auch für andere Bereiche untersucht

und belegt worden (vgl. Frei 2003; Herbert 2014). Auch soll hier nicht auf die These von Lübke (2007) über die Funktion des Beschweigens der NS-Vergangenheit für den Aufbau der Bundesrepublik, des ‚beredenen Schweigens‘, wie es häufig aufgenommen wurde, eingegangen werden. Gleichwohl ist es mehr als erstaunlich, dass ein Teil der Autoren, die bis zum Ende mit dem achten Jahrgang in RuR publizierten, dies dann auch nach 1945 in der wiederbelebten RuR wieder taten/konnten oder wieder in neue/alte Funktionen an den Universitäten oder in der öffentlichen Verwaltung hineinkamen. Dass sie mit dieser Konstellation die negativen Effekte der „Dialektik der Aufklärung“ (Horkheimer/Adorno 1947) ausfüllten, ob bewusst oder nicht, muss und kann hier nicht weiter diskutiert werden. Sie verstanden sich wohl als Experten, deren Wissen und Können nicht im gesellschaftlichen und politischen Kontext, für den sie eingesetzt werden, reflektiert werden musste. Sie stellten sich nicht der „Verantwortung der Wissenschaft“, wie Dürrenmatt sie in seinem Stück „Die Physiker“ anspricht, sondern sie stellten sich in den Dienst eines ideologischen, letztlich verbrecherischen politischen Systems. Ihre wissenschaftlichen Ansätze und Methoden retteten sie in die Zeit nach 1945, in der sie gebraucht wurden, zumal sie auf internationale Zusammenhänge nun zurückgreifen konnten. Die jeweilige individuelle Schuld oder Betroffenheit war im Bereich von Raumforschung und Raumordnung nicht anders als in anderen gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Zusammenhängen, wurde erst spät, zu spät, als die meisten nicht mehr lebten, wieder thematisiert, bis dahin verdrängt, geleugnet oder gar exkulpierend beschönigt.

**Acknowledgement** The author thanks two anonymous reviewers for their helpful comments and Anne Widowsky for editorial support.

**Funding** This work received no external funding.

**Competing interests** The author declares no competing interests.

Die zitierten Beiträge aus RuR der Jahre 1936 bis 1944 werden hier mit aufgeführt und nicht als historische Quellen/Nachweise separat ausgewiesen.

## Literatur

- Achilles, M. (1944): Beiträge zur Neuordnung der Landwirtschaft in Mecklenburg. In: *Raumforschung und Raumordnung* 8, 2, 41–50.
- Becker, K. (2006): Die Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ 1936–2006. In: *Raumforschung und Raumordnung* 64, 6, 512–523. <https://doi.org/10.1007/BF03183116>
- Bergmann, K. (1970): Agrarromantik und Großstadtfeindschaft. Meisenheim am Glan. = Marburger Abhandlungen zur politischen Wissenschaft 20.



- Blöcker, W. (1936): Raumordnung. In: *Raumforschung und Raumordnung* 1, 1, 5–8.
- Blotvogel, H. H. (2011): Raumordnung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In: *ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung* (Hrsg.): *Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung*. Hannover, 82–115.
- Bohnert, A. (1943): Grundsätze zur ländlichen Neuordnung in Württemberg. Gedanken um das Planungsbeispiel Hollenbach. In: *Raumforschung und Raumordnung* 7, 3/4, 79–84.
- Brechtken, M. (2001): Besprechung der Neuauflage des Buches von David Schoenbaum: *Die braune Revolution*. In: *Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 88, 2, 215–216.
- Bülow, F. (1938): Wilhelm Heinrich Riehl / Die Wissenschaft vom Volk und seiner Arbeit. In: *Raumforschung und Raumordnung* 2, 1, 1–5.
- Bülow, F. (1940): Zum neuen Forschungsprogramm der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung. In: *Raumforschung und Raumordnung* 4, 3/4, 148–150.
- Bülow, F. (1942): Friedrich List und die europäische Raumordnung. In: *Raumforschung und Raumordnung* 6, 10/11, 315–322.
- Bülow, F. (1943): Politische Theorie und industrielle Ballung. In: *Raumforschung und Raumordnung* 7, 1/2, 17–25.
- Christaller, W. (1940): Die Kultur- und Marktgebiete der zentralen Orte im deutschen Ostraum und die Gliederung der Verwaltung. In: *Raumforschung und Raumordnung* 4, 11/12, 498–503.
- Dörr, H. (1941): Bomben brechen die „Hausen“-Stadt. Stadtplanliche Betrachtung des Luftkriegs. In: *Raumforschung und Raumordnung* 5, 5, 269–273.
- Düwel, J.; Gutschow, N. (2019): *Ordnung und Gestalt. Geschichte und Theorie des Städtebaus im 20. Jahrhundert 1922 bis 1975*. Berlin.
- Frei, N. (Hrsg.) (2003): *Hitlers Eliten nach 1945*. München.
- Freiherr von Eickstedt, E. (1943): Raumplanung und Menschforschung. In: *Raumforschung und Raumordnung* 7, 5/6, 133–137.
- Freiherr von Eickstedt, E.; Schwidetzky, J. (1944): Bericht über die bisherigen Arbeiten zur „Bevölkerungsbiologie von Breslau“. In: *Raumforschung und Raumordnung* 8, 1, 32–33.
- Gläß, T. (1944): Besprechung des Buches „Geburtenschwund“ von Friedrich Burgdörfer. In: *Raumforschung und Raumordnung* 8, 1, 37.
- Glatzel, F. (1940a): Die Festigung deutschen Volkstums in den Ostgebieten. In: *Raumforschung und Raumordnung* 4, 1/2, 128–130.
- Glatzel, F. (1940b): Der praktische Ansatzpunkt der raumpolitischen Wissenschaft im Führerstaat. In: *Raumforschung und Raumordnung* 4, 11/12, 481–484.
- Glatzel, F. (1942): Umschau. In: *Raumforschung und Raumordnung* 6, 10/11, 349–350.
- Greifelt, U. (1941): Festigung deutschen Volkstums im deutschen Ostraum. In: *Raumforschung und Raumordnung* 5, 1, 2–6.
- Gutberger, H. (1996): *Volk, Raum und Sozialstruktur. Sozialstruktur- und Sozialraumforschung im „Dritten Reich“*. Münster. = *Beiträge zur Geschichte der Soziologie* 8.
- Gutberger, H. (2017): *Raumentwicklung, Bevölkerung und soziale Integration. Forschung für Raumplanung und Raumordnungspolitik 1930-1960*. Wiesbaden.
- Gutberger, H. (2020): Die Forschungsprogramme der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG) von 1936 bis 1939. In: Baumgart, S. (Hrsg.): *Raumforschung zwischen Nationalsozialismus und Demokratie. Das schwierige Erbe der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung*. Hannover, 8–25. = *Arbeitsberichte der ARL* 29.
- Heinemann, I.; Wagner, P. (Hrsg.) (2006): *Wissenschaft – Planung – Vertreibung. Neuordnungskonzepte der Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert*. Stuttgart. = *Beiträge zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft* 1.
- Herbert, U. (2014): *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*. München.
- Herbert, U. (2021): *Wer waren die Nationalsozialisten?* München.
- Herriegel, H. (1942): Raum und Räume. In: *Raumforschung und Raumordnung* 6, 10/11, 343–345.
- Hielscher, K. (1925): *Deutschland. Baukunst und Landschaft*. Berlin.
- Horkheimer, M.; Adorno, T. W. (1947): *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*. Amsterdam.
- Ingrao, C. (2012): *Hitlers Elite. Die Wegbereiter des nationalsozialistischen Massenmords*. Berlin.
- Ipsen, G. (1941): Landvolk und industrieller Lebensraum. In: *Raumforschung und Raumordnung* 5, 5, 243–257.
- Isenberg, G. (1940): Bestandsaufnahme und Verwaltung. In: *Raumforschung und Raumordnung* 4, 11/12, 476–480.
- Isenberg, G. (1941): Zur Wanderungsbilanz 1933-1939. In: *Raumforschung und Raumordnung* 5, 1, 24–25.
- Instel, W. (2000): *75 Jahre „Raumordnung“*. Zu Genealogie und Inhaltswandel eines modernen Begriffes. München, als Manuskript vervielfältigt.
- Jarmer, E. (1936): Politische Zielsetzung und weltanschauliche Abgrenzung der Raumordnung. In: *Raumforschung und Raumordnung* 1, 1, 8–10.
- Jarmer, E. (1940): Verwaltung und Raumordnung. In: *Raumforschung und Raumordnung* 4, 11/12, 436–439.

- Jeserich, K. (1938): Gemeindepolitik und Raumordnung. In: *Raumforschung und Raumordnung* 2, 4/5, 153–157.
- Kegler, H. (2015): Landesplanung Mitteldeutschland. Spielräume: Die Entstehung der wissenschaftlichen Raumordnung in Deutschland – das Dezentralisierungsparadigma, die Internationalisierung, der Planungsatlas und die demokratisch basierten Strukturen in den Schlüsseljahren 1925-1932. Hannover. = *Arbeitsberichte der ARL* 15.
- Kerrl, H. (1938): 3 Jahre Reichsstelle für Raumordnung. In: *Raumforschung und Raumordnung* 2, 7, 273.
- Kornrumpf, M. (1944): Landschaftskundliche Raumgliederung und Raumforschung. In: *Raumforschung und Raumordnung* 8, 1, 3–7.
- Leendertz, A. (2008): Ordnung schaffen. Deutsche Raumplanung im 20. Jahrhundert. Göttingen.
- Leonhard, J. (2018): Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918-1923. München.
- Lethen, H. (2018): Die Staatsräte. Elite im Dritten Reich. Gründgens, Furtwängler, Sauerbruch, Schmitt. Berlin.
- Lübbe, H. (2007): Vom Parteigenossen zum Bundesbürger. Über beschwiegene und historisierte Vergangenheiten. München.
- Markmann, F. (1936): Zur Problematik der Raumordnung der Großstädte. In: *Raumforschung und Raumordnung* 1, 2, 74–77.
- Messerschmidt, R. (1994): Nationalsozialistische Raumforschung und Raumordnung aus der Perspektive der „Stunde Null“. In: Prinz, M.; Zitelmann, R. (Hrsg.): *Nationalsozialismus und Modernisierung*. Darmstadt, 117–138.
- Meyer, B. (2014): SS-Nr. 74695 Konrad Meyer. Eine biographische Annäherung an meinen Großvater Prof. Konrad Meyer, der 1947 im 8. Nürnberger Nachfolgeprozess als Hauptverantwortlicher des sogenannten „Generalplans Ost“ angeklagt wurde. Starnberg.
- Meyer, K. (1936): Raumforschung. In: *Raumforschung und Raumordnung* 1, 1, 2–4.
- Meyer, K. (1937): Grundsätzliches zum Boden und zur Bodenordnung im „Großhof Deutschland“. In: *Raumforschung und Raumordnung* 1, 8, 301–312.
- Meyer, K. (1938): Raumforschung im Dienste der deutschen Lebensordnung. In: *Raumforschung und Raumordnung* 2, 10, 465–473.
- Meyer, K. (1939): Aufgaben der nationalsozialistischen Agrarpolitik und die Wissenschaft. In: *Raumforschung und Raumordnung* 3, 2, 78–82.
- Meyer, K. (1941): Planung und Ostaufbau. In: *Raumforschung und Raumordnung* 5, 9, 392–397.
- Meyer, K. (1970): Über Höhen und Tiefen. Ein Lebensbericht. Vervielfältiger Bericht in Maschinschrift. o.O.
- Muhs, H. (1938): Die Raumordnung vor neuen Aufgaben. In: *Raumforschung und Raumordnung* 2, 10, 473–480.
- Niemeyer, R. (1940): Deutschland und der osteuropäische Raum. In: *Raumforschung und Raumordnung* 4, 3/4, 151–171.
- Ritterbusch, P. (1939): Die Aufgabe der Wissenschaft im Kampf um eine neue europäische Ordnung. In: *Raumforschung und Raumordnung* 3, 10, 489–493.
- Ritterbusch, P. (1942): Wissenschaft im Kampf um Reich und Lebensraum. In: *Raumforschung und Raumordnung* 6, 1, 3–8.
- Roloff, H. (1939): Die Mitarbeit der Wissenschaft bei der Ordnung und Gestaltung des Deutschen Ostraums. In: *Raumforschung und Raumordnung* 3, 11/12, 535–542.
- Scharpf, F. W.; Schnabel, F. (1980): Steuerungsprobleme der Raumplanung. In: Bruder, W.; Ellwein, T. (Hrsg.): *Raumordnung und staatliche Steuerungsfähigkeit*. Opladen, 12–57. = *Politische Vierteljahresschrift Sonderheft* 10.
- Schivelbusch, W. (2005): Entfernte Verwandtschaft: Faschismus, Nationalsozialismus, New Deal 1933-1939. München.
- Schmitt, C. (1940): Der neue Raumbegriff in der Rechtswissenschaft. In: *Raumforschung und Raumordnung* 4, 11/12, 440–442.
- Schmitz-Berning, C. (1998): *Vokabular des Nationalsozialismus*. Berlin.
- Schmölders, G. (1936): Probleme der Raumordnung in USA. In: *Raumforschung und Raumordnung* 1, 1, 29–36.
- Schoenbaum, D. (1968): *Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches*. Köln.
- Schorr, A. (1939): Zur Frage der Industrieverlagerung. In: *Raumforschung und Raumordnung* 3, 3, 106–112.
- Seeliger, R. (1966): *Braune Universität. Deutsche Hochschullehrer gestern und heute*. München.
- Semler, C. (2004): *Moralische Idioten*. Rezension von Ernst Klee: „Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945“. In: *taz* vom 21. Februar 2004.
- Seraphim, P. H. (1938): Umbau der inneren Gliederung Polens. In: *Raumforschung und Raumordnung* 2, 3, 132–139.
- Sering, M. (1911a): Agrar- und Industriestaat. In: Elster, L. (Hrsg.): *Wörterbuch der Volkswirtschaft*. Jena, 48–54.
- Sering, M. (1911b): Innere Kolonisation. In: Elster, L. (Hrsg.): *Wörterbuch der Volkswirtschaft*. Jena, 1361–1370.
- Stern, F. (1963): *Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland*. Bern.
- Teubert, W. (1939): Gegenwärtige Aufgaben der Verkehrspolitik in der deutschen Raumordnung. In: *Raumforschung und Raumordnung* 3, 4/5, 162–167.
- Thalheim, K. (1943): Ballung und Dezentralisation der Industrie als Problem der Raumforschung und Raum-

- ordnung. In: *Raumforschung und Raumordnung* 7, 1/2, 3–17.
- Umlauf, J. (1941): Zur Stadtplanung in den neuen deutschen Ostgebieten. In: *Raumforschung und Raumordnung* 5, 3/4, 100–122.
- van Laak, D.; Rose, D. (Hrsg.) (2018): *Schreibtischtäter. Begriff – Geschichte – Typologie*. Göttingen.
- Venhoff, M. (2000): Die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG) und die reichsdeutsche Raumplanung seit ihrer Entstehung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1945. Hannover. = Arbeitsmaterial der ARL 258.
- von Schauroth, U. (1943): Berechnung des künftigen Bevölkerungsaufbaues in ländlichen Neusiedlungsgebieten als Beispiel einer raum- und bevölkerungspolitischen Planung. In: *Raumforschung und Raumordnung* 7, 3/4, 85–91.
- Weigmann, H. (1938): Raumforschung und Gemeindeplanung. In: *Raumforschung und Raumordnung* 2, 4/5, 162–165.
- Weinreich, M. (1946): *Hitler's Professors. The Part of Scholarship in Germany's Crimes against the Jewish People*. New York.
- Werner, O. (2022): *Wissenschaft ‚in jedem Gewand‘? Von der ‚Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung‘ zur ‚Akademie für Raumforschung und Landesplanung‘ 1935 bis 1955*. Göttingen.
- Wildt, M. (2015): *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichsicherheitshauptamtes*. Hamburg.
- Wippermann, W. (1981): *Der ‚deutsche Drang nach Osten‘. Ideologie und Wirklichkeit eines politischen Schlagwortes*. Darmstadt.

Hier steht eine Anzeige.